

Stadtparlament

Wortprotokoll

24. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023

Dienstag, 20. September 2022, 18:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Peter Künzi, FDP/XMV

Entschuldigt: Silke Sutter Heer, FDP/XMV

Anwesend Stadtparlament: 29

Anwesend Stadtrat: René Walther, Didi Feuerle, Michael Hohermuth, Luzi Schmid, Jörg Zimmermann

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

24/1. Mitteilungen

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
Mitteilungen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK)

24/2. Entschädigung Stadtpräsident ab 1. September 2022

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

24/3. Stadt Arbon, Budget 2023

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

24/4. Wahlbüro, Ergänzungswahl

Rücktritt: Belinda Telatin und Irena Noci, beide SP
Neu: Inge Abegglen und Jonas Fischer, beide SP

24/5. Gestaltungsplan Riva (Fakultatives Referendum)

Bildung einer 7er-Kommission

24/6. Ortsplanungsrevision

Bildung einer 7er-Kommission

24/7. Fragerunde

24/8. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Herren Stadträte, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, herzlich willkommen zur 24. Parlamentssitzung der Legislaturperiode 2019-2023. Besonders speziell begrüssen möchte ich unseren neuen Stadtpräsidenten René Walther. Er ist heute erstmals in offizieller Mission im Stadtparlament anwesend; als Guest hat er ja schon mehrfach Parlamentsluft geschnuppert. Im Namen des Stadtparlaments begrüssen wir dich René ganz besonders herzlich in unserem Gremium, wünschen dir allzeit eine glückliche Formulierung bei all deinen Voten und auch die notwendige Gelassenheit, wenn die Wogen einmal etwas höher schlagen oder in der Fragerunde besonders kritische Fragen gestellt werden sollten. Herzlich willkommen im Stadtparlament Arbon, Stadtpräsident René Walther!

Ich hoffe, Sie haben sich in der Sommerpause gut erholen können und Sie sind voll motiviert für die kommenden Herausforderungen. Denn gerade heute Abend werden wir im Rahmen des Budgetprozesses wieder einige wichtige Entscheidungen zugunsten einer positiven Entwicklung von Arbon fällen müssen. Da ist es besonders wichtig, wenn die Entscheidungsträger auch top-fit zu Werke gehen, zumal sich die äusseren Rahmenbedingungen seit der letzten Parlamentssitzung alles andere als verbessert haben. Namentlich sind dies der unselige, nun schon seit sieben Monaten dauernde Ukrainekrieg, welcher in Arbon schon Spuren hinterlassen hat und weiter hinterlassen wird. Oder die Energieknappheit mit den einhergehenden, ständig steigenden Energiepreisen, welche jeden einzelnen Betrieb, ja jeden einzelnen Haushalt betreffen und auch in absehbarer Zeit weiter betreffen werden. Umso wichtiger wird es deshalb heute Abend sein, den Fokus voll auf eine positive Weiterentwicklung Arbons zu richten, um damit die Zukunft von Arbon mittel- und langfristig zu sichern.

Enzo Ferrari hat einmal auf die Frage, welches denn das schönste Auto sei, welches er je gebaut habe, geantwortet: «Es wird dasjenige sein, welches ich morgen bauen werde.» Klar müssen wir mit unseren Ressourcen haushälterisch und mit der gebotenen Sorgfalt umgehen und klar sind CHF 8.6 Mio. Nettoinvestitionen kein Pappenstiel. Aber wir müssen im Sinn von Enzo Ferrari auch Weitsicht, Mut und Kreativität beweisen und die positiven Abschlüsse der vorangegangenen Jahre und die positive Hochrechnung für das laufende Jahr nutzen. Denn wie heißt es so schön: Den Mutigen gehört die Welt. Oder wie es Angela Merkel einmal formuliert hat: Packen wir's an, wir schaffen das.

Mit diesen einleitenden Worten darf ich nun die 24. Parlamentssitzung der Legislaturperiode 2019-2023 für formell als eröffnet erklären.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 28 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste?
– Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit ausserordentlichem Versand vom 8. August 2022:

- Stadt Arbon, Budget 2023, die Botschaft

Mit Versand vom 25. August 2022:

- Entschädigung Stadtpräsident ab 1. September 2022, die Botschaft
- Gestaltungsplan Riva (fakultatives Referendum), die Botschaft

- Ortsplanungsrevision, die Botschaft

Mit Versand vom 2. September 2022:

- Entschädigung Stadtpräsident ab 1. September 2022, Kommissionsbericht der FGK
- Stadt Arbon, Budget 2023, Kommissionsbericht der FGK
- FGK-Subkommission, Verbundprojekte, Kommissionsbericht mit Beilage

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Das Protokoll der 23. Parlamentssitzung vom 28. Juni 2022 wurde vom Büro genehmigt und im Internet aufgeschaltet.
- Am 24. Oktober 2022 findet um 19 Uhr eine Informationsveranstaltung für Parlamentsmitglieder zur Sportanlage Stacherholz und zur Masterplanung Seeufer statt. Die Einladung liegt auf Ihren Pulten auf.
- Ebenfalls finden Sie auf Ihren Tischen die Jahresberichte EZO, Winterwasser und Arbon Tourismus.

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarischen Vorstösse eingegangen:

- Motion «Budgetkompetenz beim Parlament» von Daniel Bachofen, Irena Noci, Heidi Heine, alle SP/Grüne, Aurelio Petti, Michael Hug, beide Die Mitte/EVP, Cyril Stadler, Christoph Seitler, beide FDP/XMV und Rudolf Daepp, SVP
 - Interpellation «Nachhaltig investierte Pensionskassen der Stadt Arbon» von Daniel Bachofen und Heidi Heine, beide SP/Grüne, Aurelio Petti, Die Mitte/EVP und Rudolf Daepp, SVP
- Diese gehen nun in Zirkulation.

Mittlerweile ist Christoph Seitler eingetroffen, wir sind nun 29 Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Einfache Anfragen:

- Die einfache Anfrage «Bäche in Arbon» von Heidi Heine, SP/Grüne, wurde mit Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die einfache Anfrage gilt somit als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission EBK

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Esther Straub, Die Mitte, Präsidentin EBK: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurden:

- Doksar Metin, 1980, Türkei
Doksar Melih, 2009, Türkei
Doksar Begüm, 2015, Türkei
Doksar Selin, 2015, Türkei
- Evelgünne Hanno, 1977, Deutschland
Tippelt-Evelgünne Katja, 1978, Deutschland
Evelgünne Jonah, 2012, Deutschland
Evelgünne Eliah, 2014, Deutschland
- Kryeziu Fitor, 1999, Kosovo

Im Moment liegen insgesamt 12 Gesuche von 14 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon ist ein Gesuch zurückgestellt.

Mitteilungen aus der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission FGK

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Neben der Vorberatung der Rechnung der Stadt und des Budgets prüft die FGK auch immer wieder aktuelle Themen. Wir haben Ihnen mit dem Versand zur heutigen Parlamentssitzung den Bericht über eine abgeschlossene Prüfungshandlung überreicht. Es geht bei diesem Bericht um Verbundprojekte bei der Sanierung von Straßen und deren Unterbau. Die Subkommission der FGK kam zum Schluss, dass die Straßenverbundprojekte in der Verwaltung professionell geplant und begleitet werden und die Kosten nachvollziehbar und transparent auf die verschiedenen Werke und Projektteilnehmer verteilt werden. Ich bedanke mich bei meinen Kommissionsmitgliedern Michael Hug, welcher den Vorsitz bei dieser Subkommission innehatte, Rudolf Daepf und Daniel Bachofen. Ebenfalls bedanke ich mich bei Remo Tambini und Rainer Heeb für die Beantwortung unserer Fragen. Damit ist diese Subkommission abgeschlossen.

2. Entschädigung Stadtpräsident ab 1. September 2022

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Die Botschaft des Stadtrats haben Sie für die heutige Sitzung erhalten. Der Stadtrat stellt den Antrag, der Entschädigung des Stadtpräsidenten ab 1. September 2022 zuzustimmen. Da die Botschaft erst am 8. August 2022 zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet wurde, hat das Büro das Geschäft der FGK zur Beratung übergeben.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Die FGK wurde, wie Präsident Peter Künzi erwähnt hat, für die Vorberatung der Botschaft zur Entschädigung des neuen Stadtpräsidenten eingeladen. Da wir bereits anlässlich der Entschädigung des Stadtpräsidenten ad interim dieselbe Thematik und Diskussion im Parlament besprochen haben und die Voten der verschiedenen Fraktionen praktisch im Einklang waren, hat die FGK diese kurzfristig übertragene Aufgabe übernommen. Wir haben Ihnen dazu einen Bericht verfasst. Die FGK als vorberatende Kommission ist für Eintreten, hat keine zusätzlichen Voten für die Detailberatung und empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zur Entschädigung des Stadtpräsidenten ab 1. September 2022 zuzustimmen.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Zuerst besten Dank an den Stadtrat für die Erarbeitung der Botschaft, aber auch nochmals ein herzliches Dankeschön an Dieter Feuerle für die Übernahme der Verantwortung in der Zwischenzeit, und auch allen anderen Stadträten, die ihre Bereitschaft gezeigt haben, in dieser Übergangszeit zusätzliche Arbeiten zu übernehmen.

Die Botschaft ist bei SP/Grüne unbestritten. Die kleinen Randbemerkungen, welche die FGK bei der letzten Botschaft hatte, sind eingeflossen, das finden wir sehr positiv.

Aus Sicht eines Arbeiters ist ein Lohn von CHF 205'000 sicherlich sehr hoch. Man sollte sich dabei aber auch vor Augen halten, dass diese Position neben der Verantwortung auch ein enormes Pensum und nicht zuletzt eine starke Exposition in der Öffentlichkeit mit sich bringt. Vergleicht man die CHF 205'000 in Arbon mit den Entschädigungen von CHF 207'000 bis CHF 248'000, die in den anderen sechs grössten Städten im Thurgau bezahlt werden, so relativiert sich die Höhe dann doch wieder. Die Entschädigung erscheint uns angemessen. Die Fraktion SP/Grüne stimmt einstimmig zu und wird keine zusätzlichen Voten in der Detailberatung bringen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Eintreten ist somit unbestritten.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

3. Stadt Arbon, Budget 2023 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Die Botschaft des Stadtrats zum Budget 2023 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2023 vorberaten, der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor. Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern.

Zuerst folgt das Eintreten. Dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats kapitelweise durchgehen. Dazu können Fragen gestellt werden. Die Erfolgsrechnung werden wir mit dem gelben Teil behandeln. Ich werde jeweils die Seiten und Funktionen nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen. Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Präsident der FGK das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen und bleibt dieser Antrag unbestritten, gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder von einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag der FGK abgestimmt. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein weiterer Antrag gestellt, werden wir gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst die Änderungsanträge, d. h. den Antrag der FGK und die Anträge der Parlamentsmitglieder einander gegenüberstellen, danach wird der obsiegende Antrag dem Hauptantrag des Stadtrats gegenübergestellt und darüber abgestimmt. Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich verfahren und diese einander gegenüberstellen. Den obsiegenden Antrag werden wir wieder dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen. Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung des Investitionsplans (grüner Teil) weiterfahren. Zum Finanzplan (rosa Teil) können im Anschluss wiederum Fragen gestellt werden.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Die FGK hat als vorberatende Kommission das Budget, die Investitionsrechnung und den Finanzplan beraten. Mehrheitlich hätte sich die FGK eine ausgeglichene Rechnung gewünscht und nicht einen Aufwandüberschuss von CHF 200'000. Wir haben uns intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt und dem Stadtrat Fragen zu einzelnen Budgetposten gestellt und anlässlich des traditionellen Fragennachmittags mit dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden diese Fragen besprochen. Wie in den letzten beiden Jahren stand der FGK für die Beratung des Budgets nur eine sehr begrenzte Zeit zur Verfügung. Daniel Bachofen hat zu diesem Thema heute eine Motion in Umlauf gegeben, welche alle FGK-Mitglieder unterzeichnet haben. Aus der Diskussion in der Kommission haben wir einige Anträge formuliert, welche wir in der Detailberatung an entsprechender Stelle einbringen werden. Mit den Anträgen der FGK und einer nachgereichten Etatkorrektur des Stadtrats würden wir ein Budget mit einem ganz kleinen Aufwandüberschuss von CHF 19'000 an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler übersenden können. Dass wir dabei Anträge gemacht haben, die nicht nur Freude auslösen, ist uns bewusst. Ziel war nicht, auf Biegen und Brechen einen positiven Abschluss zu budgetieren, die FGK wollte aber bewusst gewisse Positionen zur Diskussion stellen; das Ergebnis liegt Ihnen in Form unseres schriftlichen Berichts vor. Das erlaubt mir, mich hier beim Eintreten kurzzufassen.

Mehr Gewicht bei künftigen Budgetvorlagen wünscht sich die FGK beim Finanzplan. Die mittelfristige Entwicklung sollte auch in der Debatte im Parlament mehr zum Tragen kommen. Mit dem heutigen Finanzplan decken wir die Minimalanforderungen des Kantons ab. Die FGK wünscht sich ein etwas umfangreicheres Dokument zu diesem Thema.

Ich bedanke mich bei allen meinen Kommissionskolleginnen und Kommissionskollegen für die aktive Mitarbeit in der FGK. Eine Klammerbemerkung: Wir waren an sämtlichen Kommissionssitzungen der FGK vollständig anwesend mit einer Ausnahme, das ist Silke Sutter Heer, die immer noch krankheitshalber abwesend ist. Das ist in diesem hochgetakteten Programm wirklich wichtig, dass wir alle zusammen diese Sitzungen jeweils definieren können. Sie können alle Ihre Terminkalender anschauen, eine Sitzung mit 9 Personen abzustimmen, ist nicht immer ganz einfach, und das hat wunderbar geklappt. Ganz herzlichen Dank für diese aktive Teilnahme an den Sitzungen.

Dann möchte ich mich aber auch beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die Beantwortung all unserer 66 Fragen bedanken und bei Pascal Büchler und Nadja Holenstein für die Mitarbeit und Unterstützung in unserer Kommission.

Das Eintreten ist obligatorisch, dieses Eintretensvotum habe ich zwar als Präsident der FGK gehalten, meine Fraktion hat mir aber signalisiert, dass sie sich hinter dieses Votum stellt und der speditiven Abwicklung der Traktanden gehorchend auf ein weiteres Eintretensvotum verzichtet.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne dankt dem Stadtrat für das Vorlegen des Budgets 2023 sowie für die konstruktive Zusammenarbeit mit der FGK in der Vorbereitungsphase. Danken möchte ich im Namen der Fraktion auch der FGK und vor allem deren Präsidenten Cyrill Stadler. Es braucht von allen Beteiligten viel Einsatz, um das Budget in dieser kurzen Zeit durchzuberaten und den Bericht zu erstellen.

Bereits vor einem Jahr hat die FGK darauf hingewiesen, dass der aktuelle Modus mit vorgezogener Budgetphase angepasst werden sollte. Heute liegt Ihnen eine Motion vor, die dieses Problem angeht. Cyrill Stadler hat es erwähnt, die gesamte FGK gehört zu den Erstunterzeichner*innen und ich bitte Sie, diesen Vorstoss ebenfalls mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Wiederum steht das Budget unter einem schwierigen Stern. Der Krieg in der Ukraine, die enorm belasteten Lieferketten und die Energiekrise machen Prognosen und somit eine verlässliche Budgetierung sehr schwierig. Die Inflation ist in der Schweiz zwar vergleichsweise tief, belastet aber auch bei uns insbesondere die finanzschwächeren Haushalte. Auffällig im Budget ist der starke Anstieg der Personalkosten. Für die Fraktion SP/Grüne ist es einerseits verständlich, dass es Personal braucht, um die diversen laufenden Projekte umzusetzen. Insbesondere der Bedarf im Bereich FSL ist für uns nachvollziehbar. Anderseits kann sich das Personalwachstum nicht beliebig fortsetzen. Der Stadtrat ist hier gefordert, durch eine klare Priorisierung Schwerpunkte zu setzen und die wichtigsten Projekte voranzubringen. Im Gegensatz zum Stadtrat schlägt Ihnen die FGK vor, die Lohnsumme um nur 2.8 % anzupassen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass von Anfang 2022 bis Ende August der Landesindex der Konsumentenpreise bereits um 3.2 % gestiegen ist. Betrachtet man die letzten 12 Monate, liegt die Teuerung sogar bei 3.4 %. Die steigenden Krankenkassenprämien sind hier noch nicht mal mitberücksichtigt. Der Vorschlag der FGK kommt also einer Reallohnsenkung gleich. Die Fraktion SP/Grüne lehnt dies geschlossen ab. Anderseits sind wir beim Lohn mit der FGK einverstanden, dass die Mieteinnahmen, zum Beispiel bei der Liegenschaft an der Freien Strasse 1 in Stachen, überprüft werden müssen. Es ist unverständlich, dass die Stadt hier keine Rendite erwirtschaften kann. Da wir im Grundsatz der Meinung sind, dass die Stadt ihre Liegenschaften halten sollte, würden wir es begrüssen, wenn die Bahnhofstrasse 24 in Wert gesetzt würde. Vielleicht würde es sich hier anbieten, eine Zwischennutzung mit einem Jugendraum zu realisieren. Durch die sehr zentrale Lage könnte sich das Gebäude dafür gut eignen. Welche Form ein solcher Jugendtreff konkret haben soll, möchten wir an dieser Stelle bewusst offenlassen.

Die Fraktion SP/Grüne begrüsst, dass die Investitionen nun höher geplant wurden. Dass beispielsweise das Stadthaus einen neuen Anstrich bekommt, ist zu begrüssen. Wir hoffen, dass der Stadtrat die Gelegenheit nutzt und es nicht nur bei der Farbe belässt. Mit ein wenig Fantasie und einigen Blumen oder Grünpflanzen könnte das Stadthaus das Erscheinungsbild der

Hauptstrasse wesentlich verbessern. Ich bin sicher, die Ladenbesitzer*innen würden sich darüber genauso freuen wie die Touristen und Touristinnen.

Angesichts der nötigen Energiewende und der aktuellen Energiekrise vermissen wir weiterhin Investitionen in erneuerbare Energien. Hier sind wir der Meinung, dass die Stadt ebenfalls einen Beitrag leisten kann und muss. In der Beratung werden wir einen entsprechenden Antrag einbringen.

Bis auf die Lohnerhöhungen folgt die Fraktion SP/Grüne den Anträgen der FGK. Zusätzlich werden wir in der Detailberatung an verschiedenen Stellen weitere Anträge stellen.

Insgesamt schliesst das Budget mit einer roten Null. Selbstverständlich wäre ein positiver Abschluss schöner gewesen. Realistisch betrachtet bewegen wir uns hier in der Unschärfe, die ein Budget über CHF 57 Mio. immer hat. Mit etwas Glück dürfen wir deshalb auch im nächsten Jahr auf ein positives Schlussergebnis hoffen.

Rudolf Daepf, SVP: Auch dieses Jahr möchten wir uns beim Stadtrat und allen Abteilungen für das rechtzeitige Erstellen des Budgets 2023 bedanken. Der Dank geht auch an meine Kollegen der FGK, die das Budget an vier Sitzungen bearbeitet und geprüft haben.

Das Budget 2023 sieht einen Aufwandüberschuss von CHF 211'665 vor, dies bei gleichbleibendem Steuersatz. Aufgrund der Hochrechnung der Rechnung 2022, welche einen Ertragsüberschuss von rund CHF 250'000 vorsieht, kann man das Budget 2023 so verantworten. Trotzdem nachstehend einige Bemerkungen:

Personal- und Lohnkosten: Die Aufstockung des Stellenetats um 275 Stellenprozente ist für die SVP an der oberen Grenze. Doch wenn diese Aufstockungen nachhaltig und wertvermehrend sind, erscheint uns dies als angebracht. In der Privatwirtschaft werden Lohnerhöhungen in der heutigen Zeit moderat gehalten. Wir unterstützen deshalb den Vorschlag der FGK mit 2.8 % für Lohnerhöhungen.

Steuerfuss: Nach der letztjährigen Reduktion um 4 % sind wir einverstanden, dass man den Steuerfuss von 72 % vorerst nicht weiter senkt. Eine Neubeurteilung muss aber in einem Jahr vorgenommen werden.

Energiekosten: Die Energiekosten über alles wurden nur moderat erhöht und erscheinen uns in der heutigen Zeit als zu tief.

Sicherheit: Die vorgesehene Ausweitung der Securitas-Leistungen sollte auch spürbar sein. Wir gehen davon aus, dass dies in einer Erfolgskontrolle zum Ausdruck kommt.

Investitionen: Die Nettoinvestitionen von CHF 8.6 Mio. sind eine Trendwende zum Budget 2022. Einerseits erfreulich, dass in Zukunft investiert wird, aber in der heutigen unsicheren Zeit ist die Summe hoch.

Finanzplan: Den Finanzplan haben wir zur Kenntnis genommen und keine Bemerkungen dazu.

Die Fraktion SVP kann weitgehend den Anträgen der FGK zustimmen, welche die Erfolgsrechnung positiv beeinflussen. Die positiven Entwicklungen in der Stadt werden für die Bevölkerung sichtbar und spürbar. Wir sind für Eintreten.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Zunächst heisst auch die Fraktion Die Mitte/EVP unseren neuen Stadtpräsidenten René Walther herzlich willkommen in Arbon und im Parlament. Wir freuen uns auf eine gute und lösungsorientierte Zusammenarbeit zum Wohl Arbons.

Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt dem Stadtrat und ganz besonders dem Finanzverwalter Pascal Büchler und allen beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung für das sorgfältig erarbeitete Budget. Ebenso danken wir der FGK für die kritische Prüfung des Budgets sowie dem Präsidenten der FGK Cyrill Stadler für den einmal mehr ausführlichen und sehr gut verfassten Bericht. Die Fraktion Die Mitte/EVP stellt mit grosser Freude fest, dass es dank der Überarbeitung der FGK fast gelungen ist, eine schwarze Null dem Parlament vorzuschlagen. Wir bedauern es aber sehr, dass die schwarze Null nicht erreicht werden konnte.

Es freut uns für die Entwicklung Arbons, dass der Stadtrat endlich deutlich mehr investieren möchte und die zahlreichen genehmigten Projekte umsetzen will. Leider hat sich auch in diesem Jahr gezeigt, dass der zeitliche Ablauf für die Erstellung des Budgets und die Prüfung durch die FGK sowie die Behandlung durch das Parlament in der Septembersitzung fast nicht mehr zu verantworten ist. Alle Beteiligten mussten unter extrem grossem Zeitdruck arbeiten. Dieser Zustand muss zugunsten einer noch besseren Qualität für das nächste Jahr geändert werden. Die FGK-Mitglieder haben dazu eine Motion verfasst, die heute im Parlament zirkuliert. Unsere Fraktion unterstützt diese einstimmig. Wir bitten Sie, dies auch zu tun. Letztlich konnte trotz allem ein gutes Budget erarbeitet werden, das wir heute Abend gemeinsam behandeln und genehmigen.

Ganz besonders zu reden gab bei uns die massive Lohnerhöhung um 3.8 %, die geforderte Erhöhung des Personaletats und 2.75 Stellen und die noch nicht vorhandene Liegenschaftenstrategie der Stadt Arbon. Eigentlich müsste die Stadt Arbon ein Vorbild bei der Wärmedämmung und bei der Nutzung von erneuerbaren Energien sein. Aber leider wurde dies – aus welchen Gründen auch immer – in der Vergangenheit vernachlässigt. Die Folgen trägt auf lange Sicht unser Klima, unser Portmonee und die nächsten Generationen. Die Investitionen in erneuerbare Energien sind kein Nice to have, sondern schlicht ein Must. Erneuerbare Energie ist keine Ideologie, sondern eine zwingend notwendige Voraussetzung für uns und die nächsten Generationen. Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt im Übrigen einstimmig alle Anträge der Finanzkommission. Unserer Meinung nach hat die FGK ein gutes Augenmass bewiesen, denn einerseits unterstützt sie die berechtigte Forderung des Stadtrats der Erhöhung des Personaletats um 2.75 Stellen, anderseits lehnt sie ebenso klar die zu hoch beantragte Erhöhung der Besoldung von 3.8 % ab. Die FGK war sich in diesem Punkt einig, jedoch nicht über die Erhöhung der Besoldung. Die budgetierten Investitionen und die genehmigten Projekte erlauben keinen Zeitaufschub mehr. So müssen die Investitionen im kommenden Jahr zwingend getätigt und die Projekte umgesetzt werden. Der Fraktion Die Mitte/EVP ist es besonders wichtig, dass das Parlament ein klares Zeichen setzt und die Investitionen genehmigt und der Verwaltung die eben notwendigen personellen Ressourcen gewährt. Wir sehen den Antrag der FGK, die Besoldung um 2.8 % zu erhöhen, als maximalen Kompromiss und unterstützen ihn einstimmig. Wir bitten Sie, dies auch zu tun. Der Argumentation des Stadtrats, wieso die Besoldung um 3.8 % erhöht werden soll, kann unsere Fraktion nur bedingt folgen. Unserer Meinung nach haben die Mitarbeitenden der Stadt Arbon auch während der Pandemie einen sicheren und guten Arbeitsplatz gehabt und mussten nicht um ihn bangen. Auch mussten sie keine Lohnreduktion durch Kurzarbeit hinnehmen.

Zum Schluss noch ein Blick nach Romanshorn. Denn vor einem Jahr waren wir etwas stolz darauf, die steuerliche rote Laterne mit Romanshorn zu teilen. Sollte das Romanshorner Stimmvolk der Steuersenkung um 2 % zustimmen, und davon darf ausgegangen werden, dann haben wir sie wieder, die rote Laterne. Auch bei der Erhöhung der Besoldung behält der Romanshorner Stadtrat ein gutes Augenmass und beantragt lediglich 2.5 % Erhöhung, davon 2 % Teuerung.

Wir sind heute gefordert und verpflichtet, ein wegweisendes Budget zu genehmigen. Beweisen wir alle ein gutes Augenmass und genehmigen das Budget bei Annahme aller Anträge der FGK.

Stadtpräsident René Walther, FDP: An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an die FGK für ihre wertvolle Arbeit. Ich durfte leider noch nicht daran teilnehmen, aber ich konnte vernehmen, dass die Arbeit sehr konstruktiv und positiv wahrgenommen wurde. Herzlichen Dank auch an Pascal Büchler. Erstens mal für meine Einarbeitung, ich konnte da auf fachmännische Unterstützung zählen. Auch bei den Stadtratskollegen herzlichen Dank für die Einarbeitung.

Vielleicht nur ein paar kurze Worte zum Thema Finanzplan: Aus Sicht des Stadtrats ist der Finanzplan ein wichtiges Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Qualität des Finanzplans ist vor allem durch die Qualität der Grundlagen wie zum Beispiel eine strategische Planung abhängig. Wir sind uns dessen bewusst und werden dies entsprechend in der Organisationsentwicklung berücksichtigen.

Zum Thema Zeitnot: Auch das ist uns bewusst und wir nehmen das gern so zur Kenntnis. Im Rahmen der Überarbeitung der Gemeindeordnung wird das sicher ein wichtiges Thema sein. Eine erste Vernehmlassung zur Feststellung des Anpassungsbedarfs dieser Gemeindeordnung hat bereits stattgefunden. Zurzeit sind wir daran, den Projektlauf zu überprüfen und zu optimieren und werden uns zeitnah an die Überarbeitung der Gemeindeordnung und an den Budgetprozess machen. Gern informieren wir bei nächster Gelegenheit über die entsprechenden Vorhaben.

Lohnerhöhungen: Der Stadtrat und die Verwaltung haben im Rahmen des Budgetprozesses die aktuellen Rahmenbedingungen geprüft. Die Ergebnisse wurden mit der Personalkommission eingehend diskutiert. Die budgetierte Erhöhung der Lohnentwicklung ist das Ergebnis daraus. Unter Berücksichtigung, dass wir in einem wirtschaftlich sehr volatilen und schwierigen Umfeld stecken, ist das vorliegende Budget aus der Sicht des Stadtrats nachvollziehbar und entspricht den aktuellen Prognosen der einschlägigen Publikationen. Es ist zu beachten, dass auch die öffentliche Verwaltung mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen hat und in Konkurrenz zur Privatwirtschaft sowie zu anderen Gemeinden steht, was noch fast schwerer wiegt. Zudem steigen die Anforderungen und Erwartungen an die Verwaltung stetig, und wie es Aurelio Petti richtig gesagt hat, es stehen einige Projekte an, die echten Einsatz erfordern. Daher ist für den Stadtrat die vorgeschlagene Erhöhung aus dem Budget nachvollziehbar.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Das Eintreten ist obligatorisch und somit beschlossen.

Materielle Beratung

*2. Budget 2023: Allgemeine Bemerkungen
S. 9 Polizei (Funktion 1110)*

Pascal Ackermann, SVP: Hier wird erwähnt, dass der Nettoaufwand um CHF 22'400 erhöht werden soll. Auf der Botschaft bzw. aus dem Kommentar des Stadtrats ist für mich nicht ganz abschliessend klar, was dieses neue Konzept Securitas konkret bedeutet. Die meisten Probleme wie zum Beispiel Littering entstehen in den warmen Sommermonaten. Hier wird hingegen vor allem eine Ausweitung der Securitas-Kontrollen auf das ganze Jahr erwähnt sowie eine zweite Patrouille auf Abruf. Ich habe dazu drei Fragen: Was erhofft man sich von der Patrouillenerweiterung auf das ganze Jahr konkret? In welchen Fällen soll die zweite Patrouille, die auf Abruf bereitsteht, eingesetzt werden? Wie soll der Erfolg dieser Massnahme gemessen werden?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Fast wie die Eröffnungsglocke des Parlamentspräsidenten kommt an jeder Budgetberatung die Frage nach der Securitas. Haben wir zu viel, haben wir zu wenig? Ich weiss auch nicht, ob dann beim effektiven Budgetposten noch ein Antrag gestellt wird.

Die FGK hat von der Verwaltung ein Konzept erhalten, eine Erklärung, warum wir mehr Securitas-Einsätze brauchen. Es ist natürlich schwierig, wenn wir jetzt bekanntgeben, wann und wo

genau dann kontrolliert werden soll. Es kann ja nicht sein, dass man da dann abpasst und diesen Kontrollen aus dem Weg geht. Es ist aber nicht so, dass nur von April bis Oktober kontrolliert werden muss, sondern es gilt auch in den Wintermonaten und an schönen Tagen im Frühling, gerade bei den Quaianlagen die Leinenpflicht zu kontrollieren, ebenso die Einhaltung von Fahrverboten. Ein neues Problem ist entstanden mit diesen Wohnmobilen, die da fast wild parkieren. Dann kommt dazu, dass auf den Spielplätzen das Rauchverbot eingehalten werden muss. Wir brauchen konkret 40 Einsätze an 3 Stunden mehr, das ergibt CHF 20'000 Mehrkosten, und mit diesen Mehrkosten soll effektiv mehr Sicherheit geboten und auch das Sicherheitsgefühl ausgebaut werden. Die Ersatzpatrouille kostet nichts, wenn sie nicht zum Einsatz kommt, aber wenn es einen grösseren Einsatz braucht, braucht es eben dann eine zweite Patrouille, die auch im Stadtgebiet patrouilliert und kontrolliert. Das stimmt, das braucht es mehr im Sommer, weil da mehr Leute draussen sind und es da mehr Ruhestörungen und mehr Problemfelder gibt. Der Erfolg, ich habe es gesagt, man will mehr Sicherheit haben, die Leute wollen sich sicherer fühlen. Und vor allem, wenn wir bei der Verwaltung nach jedem Wochenende weniger Anrufe haben. Es wird wegen Littering oder wegen nicht eingehaltener Leinenpflicht reklamiert. Es wird immer wieder gemeldet, dass Hunde aufeinander losgehen, dass sogar Kinder angegriffen werden oder Hunde auf sie zulaufen. Das wäre dann der Erfolg von diesen CHF 20'000.

Pascal Ackermann, SVP: Ich habe noch eine Rückfrage betreffend der Messung des Erfolgs. Wird das dann in der nächsten Jahresrechnung gegenüber dem Stadtparlament kommuniziert, wie viel Beschwerden weniger eingereicht wurden oder wie viel mehr Bussenerträge es zum Beispiel von Littering gibt? Das würde mich schon noch interessieren.

Luzi Schmid, Die Mitte: Die Frage zu den Bussen ist einfacher zu beantworten. Wir haben da ja auch schon diskutiert, allein an den Bussen kann man nicht messen, ob es bei uns ruhiger oder sicherer geworden ist. Wichtig ist, das habe ich beim Geschäftsbericht schon gesagt, die Präsenz. Dann gibt es vermutlich auch weniger Übertretungen resp. Fehlverhalten, wenn wir mehr Präsenz haben.

Die Frage, ob wir das im Geschäftsbericht aufführen, nehme ich entgegen und werde das mit der Verwaltung besprechen. Wie wir das in Daten und Zahlen im Geschäftsbericht aufstellen können, ist ein wichtiges Anliegen.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Ja, das ist jedes Jahr immer wieder ein Thema, natürlich auch bei uns. Wir haben das in der Finanzkommission eingehend besprochen und wir waren uns in diesem Bereich tatsächlich nicht einig, am Ende gab es eine Pattsituation. Auch wir von der Fraktion Die Mitte/EVP waren und sind kritisch gegenüber dieser Erhöhung, jedoch möchte ich dazu Folgendes vermerken: Wenn wir das zitierte Konzept genau durchlesen, geht es hier eigentlich nicht um messbare Grössen oder um zusätzliche Busseneinnahmen, das sagt der Stadtrat ganz offen in seiner Erklärung. Es geht tatsächlich um 40 Einsätze mehr, wie Stadtrat Luzi Schmid gesagt hat, und es geht vor allem um ein subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. In der Tat ist es so, dass immer mehr Menschen in unserer Stadt ein zunehmendes Angstgefühl oder Sicherheitsbedenken haben. Ich denke, das ist ein kleines Zeichen und eine gute Investition. Ich persönlich stimme dem zu und würde auch meinen, tun Sie das auch. Es geht nicht um einen wahnsinnig grossen Betrag, und die psychologische Situation erscheint mir da eigentlich wesentlich.

S. 20-22
9. Personalaufwand

Stadtpräsident René Walther, FDP: Wie Cyrill Stadler schon erwähnt hat, haben wir bei der Vorbereitung der heutigen Debatte festgestellt, dass im Personalaetat etwas nicht stimmt. Und zwar ist die Praktikumsstelle in die Stadtentwicklung hineingerutscht. Diese Stelle war von Anfang an nicht als Dauerstelle geplant, d. h., sie läuft im nächsten August aus und kann somit um 60 % reduziert werden. Der Stadtrat beantragt daher, den Stellenetat von 275 % zusätzlich auf

215 % zusätzlich zu reduzieren, was letztendlich im Konto 0224.3010.00 eine Reduktion um CHF 22'300 bedeutet.

Ulrich Nägeli, SVP: Meine Frage richtet sich an das Ressort Freizeit, Sport und Liegenschaften. Wie wir bereits eingangs der Sitzung erwähnt haben, haben wir Fragen zur Personalentwicklung. Bei meiner Frage geht es um die zusätzliche administrative Person, welche Sie für das Ressort Freizeit, Sport und Liegenschaften mit 60 % auslasten wollen. Diese Person soll sich mit Liegenschaften und Liegenschaftsverwaltung beschäftigen. Was sollen wir unter einer aktiven Liegenschaftsverwaltung verstehen? Branchenüblich versteht man darunter eine Optimierung des Immobilienportfolios. Erkennen Sie hier Chancen und Möglichkeiten, bei den städtischen Liegenschaften einen besseren Wirkungsbetrag bei Mieteinnahmen zu erzielen, und wenn ja welchen? Oder geht es eher darum, die Liegenschaften in einen besseren baulichen Zustand zu versetzen? Werden mit dieser Stelle energetische Massnahmen umgesetzt, um Verbesserungen durchzuführen, die zu einem späteren Zeitpunkt Kosten einsparen werden? Und wichtige Frage: Wird diese zusätzliche Stelle mindestens kostendeckend arbeiten?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Korrekt, die Stadt verfügt über zahlreiche vorwiegend ältere Liegenschaften, aber über keine Liegenschaften-Strategie. Die neue Stelle soll eine Bestandsanalyse der städtischen Liegenschaften erarbeiten und davon eine Mehrjahresplanung ableiten. Dabei soll geprüft werden, welche Liegenschaften für strategische Zwecke weiterhin im Besitz der Stadt bleiben sollen und ob allenfalls Liegenschaften veräußert werden können.

Zum zweiten Teil der Frage: Diese Überprüfung soll ebenfalls im Aufgabenkatalog der neuen Stelle Platz finden. Bestehende Verträge mit Mietern und Pächtern sollen überprüft und angepasst oder wo nötig, zum Beispiel bei der Landwirtschaft erstellt werden.

Dritter Teil: In den vergangenen Jahren wurden die städtischen Liegenschaften einfach dann repariert, wenn etwas anstand. Es hat aber keine Mehrjahresplanung gegeben. Bei einigen Liegenschaften wie dem Seeparksaal und dem Schwimmbad stehen daher in den nächsten Jahren massive Investitionen an.

Vierter Teil: Auch energetische Massnahmen sollen in Absprache mit dem Bereich Energie/Umwelt in die Mehrjahresplanung einfließen.

Fünfter Teil: Mittelfristig soll natürlich das Ziel sein, dass diese Stelle kostendeckend ist.

S. 21

Ressort Soziales und Gesellschaft (+80%)

Riquet Heller, FDP/XMV: Beistandschaften sind etwas aus dem Privatrecht, die sind im Zivilgesetzbuch geregelt. Ich stelle fest, dass hier absoluter Trend in Richtung öffentliche Verwaltung vorliegt. Die Privaten kümmern sich nicht mehr um ihre schwachen Angehörigen. Sie vertreten sie nicht mehr, wie das eigentlich eine natürliche Sache wäre und vom Gesetzgeber eigentlich auch gewollt, dass das Privatrecht sein soll. Was machen wir in Arbon, damit das ein privatrechtliches Institut bleibt und nicht zur öffentlich-rechtlichen Generalaufgabe wird, dass wir alle Fälle im Sozialbereich haben? Ich sehe im Budget nichts bis wenig. Die privaten Vormunde werden nicht erwähnt, nicht gefördert, die werden alleingelassen. Ich frage den Stadtrat, ob dies gewollt ist. Natürlich ist es einfacher, mit professionellen Leuten an der Front zu arbeiten und diese zu kontrollieren. Das ist aber nicht Meinung des Gesetzgebers. Meinung des Gesetzgebers ist, dass schwache Leute durch Private vertreten werden, vorweg durch ihre Angehörigen. Was ist die Meinung des Stadtrats dazu?

Stadtrat Michael Hohermuth, FDP: Ich gebe dir in einem Punkt recht, dass hier eigentlich zuerst die Privaten zum Zug kommen müssten. Nur leider ist wie immer die Beistandschaft das letzte Glied in der Kette, und meistens ist es von der KESB aus, wo die ganze Übermittlung direkt zur Beistandschaft führt. Da haben wir effektiv gar keinen Einfluss auf die Handhabung.

Aus diesem Grund kann ich die Frage so gar nicht beantworten, weil sämtliche Fälle direkt von der KESB zu uns gewiesen werden.

Riquet Heller, FDP/XMV: Die Antwort befriedigt nur bedingt. In früheren Jahren wurden durch unsere Stadt jeweils Anlässe organisiert für private Vormunde. Sie wurden instruiert und wurden ermutigt. Es wurde Werbung betrieben. Zurzeit stelle ich fest, dass überhaupt nichts gemacht wird. Die Privatbeistände werden völlig allein gelassen. Insofern ist die Meinung, die KESB entscheide, nicht die richtige Antwort. Sondern man könnte im Bekanntenkreis, im Verwandtenkreis Nachforschung betreiben, ob sich da nicht jemand finden liesse. Im Übrigen, Sie wissen, wie Betreuung durch einen Privatvormund oder Privatbeistand ist: 1:1 und nicht 1:62.

Stadtrat Michael Hohermuth, FDP: Ich nehme deinen Input sicher noch mit betreffend Infoveranstaltungen für Private, das hatte ich so nicht auf dem Radar.

Erfolgsrechnung

S. 1
0110 Legislative

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Ich greife hier mit einem Antrag vor, der sich nachher auf alle weiteren Konten mit 30 xx folgend bezieht. Und zwar geht es eben um diese Lohnerhöhung von 3.8 % beim Stadtpersonal. Einig war sich die FGK bei den Personalkosten insofern, dass diese steigen, in der Kombination der Betragserhöhung von 3.8 %, da sind der Teuerungsausgleich, die individuelle Lohnerhöhung und die allgemeine Lohnerhöhung eingeschlossen, und einer Etaterhöhung von 200, resp. nach der Ergänzung durch Stadtpräsident René Walther noch um 215 Stellenprozente. Diese Erhöhung ist deutlich. Im Vergleich zum Budget 2022 steigt der Personalaufwand um CHF 1.06 Mio. an. Bei der Beratung zum Vorjahresbudget haben wir vermerkt, dass die Erhöhung von 2021 auf 2022 die grösste seit 2012 ist. Die Erhöhung im vorliegenden Budget übertrifft diesen Wert nochmals deutlich. In der Diskussion hat sich bei der FGK ein Konsens ergeben, welcher vorsieht, der Etaterhöhung zuzustimmen. Nach längerer Diskussion schlägt die FGK mehrheitlich vor, die drei Komponenten A Teuerungsausgleich, B individuelle Lohnanpassungen und C generelle Lohnanpassungen anstelle der 3.8 % Obergrenze mit 2.8 % im Budget umzusetzen.

Die FGK schätzt die Arbeit der Verwaltung enorm und ist sich bewusst, dass die Personalkommission eine höhere Variante der Lohnerhöhung gewünscht hat. Aus Sicht der FGK scheint die Erhöhung um 2.8 % ein ausgewogener Vorschlag, welcher berücksichtigt, dass die Mitarbeiterinnen der Stadt Arbon zwar während der Coronazeit teilweise einer Mehrbelastung ausgesetzt waren, auf der anderen Seite aber, wie das Kollege Aurelio Petti schon erwähnt hat, auch nicht von Kurzarbeit und Lohnreduktionen betroffen waren. Sie hatten in dieser Zeit einen sicheren Arbeitsplatz.

Dieser Antrag hat auf alle der folgenden 30er-Konten einen Einfluss. Gesamthaft würden wir mit diesem Vorschlag die Personalkosten nicht mit den budgetierten CHF 11'923'215 budgetieren, sondern eben reduziert mit CHF 11'808'348. Wir bitten Sie, diesem Antrag der FGK Folge zu leisten.

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich muss schon sagen, von der Seite der FGK kommt dies sehr fraglich und dazu noch unwürdig, sogar beschämend gegenüber unserem Stadtpersonal, aber das ist ja nicht das erste Mal.

Die Inflation in der Schweiz ist im August im Vergleich zum Vormonat leicht auf 3.5 % gestiegen. Deutlich teurer sind weiterhin vor allem Importgüter, die im Juli um 8.4 % mehr kosten als vor einem Jahr, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt. Wenn Sie es mir nicht glauben, lesen Sie es nach.

Seit 2018 erzielt die Stadt Arbon stets Ertragsüberschuss von mehreren Millionen Franken. Auch im Jahr 2021 erzielte Arbon einen Überschuss von rund CHF 3 Mio. und aktuell ist von keiner Verschlechterung auszugehen. Trotz der hohen Gewinne – auch im letzten Jahr – wurde lediglich die Mindestprozentzahl von 0.8 % als individuelle Lohnanpassung gutgeheissen. Es wurde erneut keine generelle Lohnerhöhung gesprochen.

In der Medienmitteilung vom 19. April 2022 wurde die Bevölkerung sowie auch die Belegschaft darüber informiert, dass die Stadt Arbon weiterhin auf gesunden Beinen steht. Dieser Aussage zufolge kann davon ausgegangen werden, dass es die finanzielle Situation deutlich zulässt und eine Lohnerhöhung von mehr als dem Mindestprozentsatz möglich sein sollte. Die Stadt Arbon kann stolz auf eine grosse Anzahl langjähriger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sein, die sich durch ihre Fachkompetenz und ihren engagierten Arbeitseinsatz für die Stadt auszeichnet. Arbon ist im stetigen Wachstum und hat mittlerweile bereits über 15'000 Einwohner. Zudem werden immer mehr neue Mehrfamilienhäuser gebaut, woraus teure Wohnungen entstehen. Es ist davon auszugehen, dass dies demzufolge auch bessere Steuerzahrende mit sich bringt. In den letzten 10 Jahren wurde in Bezug auf die Löhne immer wieder beim Personal und somit Personalkosten gespart und nicht mit der Schaufel das Geld herumgeworfen. Aber keine Lohnerhöhungen. Rund 10 % der Angestellten profitieren aus verschiedenen Gründen nicht von einer individuellen Lohnerhöhung. Auf 2022 wurde der Steuerfuss um 4 % gesenkt. 1 Steuerprozent kostet die Stadt ca. CHF 250'000 bis CHF 300'000, gesamthaft ca. CHF 1 Mio. Mindereinnahmen zugunsten der Bevölkerung.

Es ist weiterhin anzunehmen, dass die Krankenkassenprämien infolge steigender Gesundheitskosten steigen werden. Diese Tatsache muss bei der Lohnentwicklung mitberücksichtigt werden. Aufgrund der aktuellen Situation, wir haben es jetzt schon vermehrt gehört, was in Europa abgeht, ob Lebensunterhaltskosten wie beispielsweise Benzin, Strom in absehbarer Zeit wieder sinken, glauben wir doch alle nicht. Die Forderung hätte also 4-5 % lauten sollen. Aber eben, das ist ja nur ein Gewerkschaftler, der ein bisschen herumalbert.

Diese Lohnforderung setzt sich aus drei Teilen zusammen. Es besteht eigentlich aus unserer Sicht ein Teuerungsausgleich von 1:1. 2. müssen die Reallöhne gemäss dem Wachstum der Arbeitsproduktivität von rund 1 % pro Jahr erhöht werden. 3. gibt es einen Nachholbedarf aufgrund der ungenügenden Lohnentwicklung in den letzten Jahren. Wenn man angesichts solcher Zahlen die Löhne nicht an die Realität der gestiegenen Lebenshaltungskosten anpasst – was muss noch passieren? Wir verlieren unser Personal. Wir haben es gehört, wir suchen immer noch Fachpersonen. Das ist auch immer ein Grund, wir sind nicht die Privatwirtschaft. Wir verlieren Leute an Gemeinden oder an grössere Städte, die solche Topleute, die wir haben, mit Handkuss nehmen. Eventuell verdienen sie noch ein paar Tausend mehr oder man geht respektvolle mit dem Personal um als hier bei der Stadt Arbon. Wir müssen wirklich aufhören, den Vergleich zur Wirtschaft zu ziehen. Ich mache, das können Sie mir glauben, seit Ende Juli täglich Lohnverhandlungen. Das muss ich als Gewerkschaftssekretär. Ich mache aktuell Lohnverhandlungen im Sektor Maschinenindustrie, Lebensmittel-Genussindustrie – für jene, die das nicht verstehen, das sind Brauer, fenaco, Schokoladenindustrie usw. Da diskutieren wir nicht über 2.5 %, sondern da gibt es Abschlüsse, die bezahlen den 100-prozentigen Teuerungsausgleich. Wer mir das nicht glaubt, kein Problem, diese Zahlen werden jetzt fortlaufend veröffentlicht. Wir haben nicht nur die Mindestlöhne erhöht, sondern für das Personal anständige Lohnentwicklungen aushandeln können. Aktuell ist der Sektor Bau, der ist immer speziell, da warten wir jetzt noch ein bisschen mit den Verhandlungen. Die LNV läuft nächstes Jahr aus und da sind alle ein bisschen wuschig, einfach für Ihre Allgemeinbildung, dass Sie das auch einmal gehört haben.

Jede Firma kämpft um Fachkräfte. Jede. Aber wenn man halt schon nicht anständig die Lohnerhöhungen gibt, und in dieser Position sind wir jetzt, müssen wir uns nicht wundern, wenn uns die Leute davonlaufen. Wir hoffen oder wir sollten hoffen, dass genau die Leute wegen eines

solchen Grunds nicht wegläufen, denn wenn sie das trotzdem machen, haben wir eine Teilschuld und dann können wir hier wiederum jammern, es bewegt sich nichts in Arbon, man macht nichts, es sind langjährige Prozesse und blablabla, das Gejammer kennen wir nur zu gut.

Und jetzt alle hier, die angestellt sind, nicht die Firmenchefs, nicht die Einzelkämpfer, sondern die, die lohnabhängig sind, weil sie den Lohn von der Firma bekommen – ich glaube, alle hier drin möchten eine gute Lohnerhöhung und möchten den Teuerungsausgleich. Oder seid ihr auch zufrieden, wenn gewisse Herren sagen: Nein, das bisschen reicht, in anderen Betrieben gibt es das auch nicht. Ich will Sie dann sehen. Und so gut kenne ich Sie jetzt langsam, ich glaube, niemand ist zufrieden, wenn er nicht die volle Lohnerhöhung bekommt.

Die Lösung des Stadtrats ist übrigens auch nicht zufriedenstellend, aber als er das machte, war die Teuerung nicht auf dem Stand, auf dem sie jetzt ist. Wir müssten eigentlich 4-5 % machen. Ich stelle diesen Antrag aber nicht, denn ich kann Ihnen sagen, wie es mathematisch herauskommt, das haben wir auch schon erlebt. Aber ich kann Ihnen einfach eines sagen: Die Leute wollen Ende Monat mehr Kohle oder mehr Geld auf dem Konto. Und fertig, das müssen wir nicht schönreden. Wer das nicht glaubt, der lebt irgendwo im Märchenbuch, das meine Tochter aktuell liest. Ich bitte Sie, den FGK-Antrag nicht zu unterstützen, er ist respektlos, er ist beschämend und er gibt unserem Stadtpersonal ein Zeichen: Danke, dass ihr hier seid, aber nehmt nicht so viel von uns weg.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich möchte es nicht unterlassen, dem Sprichwort «steter Tropfen höhlt den Stein» seine Glaubhaftigkeit zu geben. In der Botschaft beantragt der Stadtrat eine Lohnanpassung von 3.8 %. Es erstaunt mich, dass die FGK einen Vorschlag von 2.8 % macht. Zuerst dachte ich, es sei ein Schreibfehler – kann ja sein. Aber nein, es ist die volle Überzeugung der FGK. Sie sind überzeugt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr verdienen, also das eine Prozent absolut nicht berechtigt ist. Ich frage mich, was die FGK für diesen Affront für eine Grundlage nimmt. Sie kennen die Arbeitsleistung ja gar nicht. Sie wissen nicht einmal alle Namen und Funktionen der Angestellten. Sie haben keine Ahnung, was und wie viel sie geleistet haben. Sie wissen nur eins, sie verdienen es nicht. Fertig.

Sicher sind Lohnzahlungen auch zum Ereignis des Unternehmens zu stellen. Ach ja, Arbon hat in den letzten Jahren Gewinne eingefahren, dank Steuern und Gebühren, nicht durch die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich vertrete natürlich die Meinung, dass man sicher gezielt und überlegt mit Lohnerhöhungen umgehen soll und wo Geld investiert werden muss. Die Mitarbeiter sind nach wie vor – und das ist wahrscheinlich von keinem von Ihnen bestritten – das wichtigste Rad im Getriebe. Die Verbundenheit zum Arbeitgeber zahlt sich natürlich nicht nur in der Lohnzahlung aus. Sie haben bewiesen, dass es trotz Änderungen in der Führung, während der Coronazeit, während Abgängen, während Einarbeitung zu keinerlei Engpässen, Vernachlässigungen oder Reklamationen Anlass gegeben hat. Jetzt stehen sie jeden Tag an der Theke, sie sind auf der Strasse, sie sind am Telefon, sie sind da für unsere Bürgerinnen und Bürger in Arbon.

Ich bin überzeugt, dass die Hälfte hier im Saal den Unterschied zwischen Teuerung und Inflation nicht kennt. Man weiss nur, alles kostet mehr, vieles ist im Warenkorb. Natürlich nicht im Warenkorb von der Migros, sondern im Warenkorb der Teuerung. Einfach zum Verständnis. Aber ich möchte euch dies gern aufzeigen.

Gründe für steigende Preise bei einzelnen Produkten gibt es viele. Ernteausfälle, Streiks, hohe Nachfrage, Lieferengpässe. Geht es um einzelne Produkte oder Produktgruppen, spricht man von der Teuerung. Inflation betrifft den gesamten Markt. Eine bestimmte Anzahl von Produkten und Dienstleistungen wird teurer. Ermittelt wird die Inflationsrate durch den Verbraucherindex, er zeigt die preislichen Veränderungen von vielen verschiedenen Konsumgütern. Ist jetzt die Teuerung gleich wie die Inflation? Inflation bedeutet Teuerung. Für die, die höhere Mathematik studiert haben, ein anderes Beispiel: Wenn in einem Raum 2 Leute sind, 2 gehen raus, 1 muss hereinkommen, damit der Raum leer ist. Wenn man nun ein Fazit machen will, so betrachten

wir einmal die Lohnhöhe nicht in Prozent. 3 % Lohnerhöhung entspricht in einer Firma mit qualifizierten Arbeitsplätzen in keiner Weise 3 % Lohnerhöhungen im Detailhandel. Wir sprechen hier nicht von Prozenten, wir sprechen von Geld. Ein Beispiel zum Verständnis: Wir nehmen einen Lohn von 5'500, 3 % sind CHF 165. Wie hoch das bei einem Lohn von CHF 7'000 ist, können Sie selber ausrechnen. Gleichzeitig wird das Budget der Arbeitnehmenden und der Haushalte immer mehr belastet. Eine Inflation, es weiss ja jeder, was das ist, von knapp 4 %, mein Vorredner hat die genauen Zahlen, ein erwarteter Anstieg der Krankenkassenprämien von 5-10 % und ein massiver Strom- und Heizkostenanteil, wo wir nicht wissen, was kommt, das bezahlt jeder. Angesichts der aktuellen Zahlen würde ich erwarten, dass zumindest der allgemeine Teuerungsausgleich gar nicht zur Debatte steht. Erstens braucht es den Ausgleich der Teuerung, zweitens müssen die Reallöhne an das Wachstum der Arbeitsproduktivität von rund 1 % pro Jahr angepasst werden und drittens besteht ein Nachholbedarf aufgrund der ungenügenden Lohnentwicklung der letzten Jahre. Ich verlange ja lediglich ein Mindestmass an Ausgewogenheit, man könnte sogar sagen, ein Mindestmass an Anstand.

Ich möchte unsere Mitarbeitenden nicht mit einem Seemann vergleichen. Wenn aber das Parlament dem Antrag der FGK zustimmt, dann ist es so. Es heisst nämlich, der See, der stinkt, die Luft ist rein, der Seemann muss eroffnen sein.

Bill Mistura, SVP: Nachdem wir nun zwei abenteuerliche Darstellungsweisen aus Sicht der Gewerkschaften erhalten haben, erlaube ich mir noch, etwas die Privatwirtschaft zu beleuchten und dann die Rückschlüsse zu ziehen, wie die Lohnerhöhungen sein sollten, wo sich die Maximalgrenzen bewegen sollten.

Selbstverständlich sollen die Mitarbeitenden der Stadt leistungs- und marktgerecht entlohnt werden, da spricht überhaupt nichts dagegen. Ich darf nochmals zurück blenden. Vor einem Jahr gab es einen Antrag auf individuelle Lohnerhöhungen von 0.5 %. Wir haben uns erlaubt nachzufragen, wie es denn mit diesen individuellen Lohnerhöhungen aussieht, wie viele von Personal die individuelle Lohnerhöhungen erhalten haben. Es waren immerhin 70 %. Also anerkennend das schlaue Paretoprinzip war vorliegend, das wäre nämlich bei 80 % gewesen. Aber kommen wir zurück auf das Jahr 2023, wo es darum geht, wie dort Lohnanpassung erfolgen soll.

In der Wirtschaft, das kann ich Ihnen sagen, auch in der Bauindustrie ist der Teufel los. Warum ist der Teufel los? Wir sind seit Monaten konfrontiert mit Rohstoffkostenerhöhungen, wir sind konfrontiert mit dem Problem von zu wenig qualifiziertem Personal. Ob das nur am Lohn liegt, vermag ich zu bezweifeln. Und von Gewerkschaftsseite können Sie lesen, die Unternehmungen werden Gewinne machen. Sie berücksichtigen aber nicht, dass die KMU, die jetzt die coronabedingten Gelder zurückführen müssen – ich nehme an, das haben Sie gelesen, auch jene, die politisch auf der anderen Seite stehen aus Sicht –, 40 % mehr Konkurse als im ersten Halbjahr 2021. Sie können sich ausrechnen, wie das für die nächsten Monate und für das kommende Jahr aussieht. Das ist das, was man aus der Wirtschaft sagen kann.

Wenn man die Exportindustrie anschaut, ist es klar, aufgrund des starken Frankens haben die auch mit den Gewinnmargen zu kämpfen und können die gar nicht mehr entsprechend einfahren. Wenn Sie schauen, was weltweit oder europaweit los ist, dann sind wir in so unsicheren Zeiten, und in unsicheren Zeiten ist man immer angehalten, lieber etwas weniger Geld auszugeben, damit man dann in besseren Zeiten wieder mehr Geld geben kann. Zugegeben, die Arbeitslosenzahl ist noch niedrig. Ich wage die Prognose, dass diese im nächsten Jahr wieder zunehmen wird.

Nun aber konkret zum Antrag des Stadtrats. Die CHF 1.06 Mio. Lohnerhöhung abzüglich die CHF 22'000 ergeben CHF 1.038 Mio. Das ist statthaft auf rund CHF 11 Mio. in Summe. Wenn Sie noch weiter gehen und schauen, wie hoch der Durchschnittslohn der Angestellten pro Jahr ist, dann sind wir bei CHF 110'000. Beim Bund sind wir bei CHF 117'000. Um das herunterzurechnen, wie mein Vorredner das auch gemacht hat, sprechen wir bei 3.8 % von monatlich CHF

83 Lohnerhöhung. Wenn wir das mit dem Antrag der FGK machen, sind wir noch bei CHF 250 pro Monat – immerhin, die müssen bezahlt werden. Wenn man die jetzige Ausgangslage berücksichtigt, kann es nur eine Unterstützung des FGK-Antrags mit 2.8 % geben. Ich danke Ihnen, wenn Sie das unterstützen, die SVP-Fraktion wird einstimmig dafür sein.

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen angenommen.

0110.3000.00 / 0110.3000.01 Sitzungsgelder Parlament, Fraktionen, Büro sowie Sitzungsgelder Kommissionen

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Der FGK ist es bewusst, dass mit der Verschiebung der Budgetsitzung auf den September Bedarf für eine Augustsitzung geschaffen wurde. Trotzdem glaubt die FGK, dass nicht mit einer zusätzlichen Sitzung insgesamt budgetiert werden muss. Die gesetzten Termine sind aus unserem Verständnis Terminblocker, es kann auch eine bereits angesetzte Sitzung ausgelassen werden, das haben wir auch schon gemacht. Die FGK beantragt für dieses Konto einen Aufwand von CHF 65'000 anstelle von CHF 72'000 und bei den Kommissionsentschädigungen wären es CHF 25'000 anstelle von CHF 30'000. Hier sehen wir vor allem die beiden Vorlagen Riva und Ortsplanungsrevision, welche wir heute je einer vorberatenden Kommission zuweisen. Die sind zwar aufwendig, die Arbeit beginnt aber jetzt schon im Jahr 2022 intensiv und sollte das Budget 2023 nicht ausserordentlich belasten.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da es zu diesen Anträgen keinen Diskussionsbedarf gibt, gelten beide Anträge als angenommen.

S. 4
0224 Präsidium
0224.3010.00 Besoldungen

Stadtpräsident René Walther, FDP: Der Stadtrat beantragt Ihnen, den Gesamtetat im Bereich Präsidium mit einer Reduktion im Konto 0224.3010.00 Besoldungen von CHF 22'300 um 60 % zu senken.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da es zu diesem Antrag keine Voten gibt, gilt er als still-schweigend angenommen.

S. 6
0293 Seeparksaal
0293.4470.00 Vermietung, übrige Erlöse

Esther Straub, Die Mitte/EVP: Im Budget unter 0293.4470.00 Vermietung, übrige Erlöse sind jetzt CHF 50'000 weniger budgetiert. Auch mit der Interpellation «Vergünstigung für Arboener Vereine» – wie kommt der Stadtrat auf die minus CHF 50'000? Ich glaube nicht, dass alle Arboener Vereine in letzter Zeit zu viel bezahlt haben. Dann steht auch noch Grossanlässe. Sind diese bei diesen CHF 50'000 dabei oder ist das noch zusätzlich?

Stadtrat Jörg Zimmermann, X MV: Hier handelt es sich um eine Schätzung. Wenn wir den Arboener Vereinen, wie vom Parlament gewünscht, den Seeparksaal vergünstigt abgeben, entfallen die Einnahmen von Grossveranstaltungen. Wochenendeinnahmen eines auswärtigen Veranstalters, zum Beispiel Hochzeiten, Generalversammlungen etc., bringen durchschnittlich etwa CHF 6'000. Wenn wir den Saal einem Einheimischen zum Vorzugspreis von CHF 1'000 geben, ist dies eine Differenz von ungefähr CHF 5'000 pro Wochenende. Mit der Vergünstigung für einheimische Vereine soll ein Anreiz dafür geschaffen werden. Wir haben mit etwa 10 Veranstaltungen pro Jahr gerechnet. Dies ergibt die Differenz dieser CHF 50'000. Vor Corona waren die Einnahmen bei etwa CHF 260'000 im Seeparksaal.

Felix Heller, SP/Grüne: Ich teile die Vorbehalte, die Pascal Ackermann bereits geäussert hat. Stadtrat Schmids Antwort konnte diese nicht aus dem Weg räumen, auch nicht Aurelio Petti mit dem Argument der Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Ich halte es mehr mit der Objektivität als mit der Subjektivität, vor allem dann, wenn die Subjektivität Mehrkosten von CHF 20'000 verursachen soll. Stadtrat Schmid wird bei Debatten über Littering nicht müde zu betonen, dass keine Bussen ausgestellt werden können, weil es schwierig sei, Täterinnen und Täter in Flagranti zu erwischen. Dies leuchtet ein. Leider gilt dies auch bei anderen Delikten wie Diebstahl oder Vandalismus. Vandalen beschmieren Wände oder zerstören Dinge ja nicht dort, wo gerade die Securitas patrouilliert. Es ist daher sehr fragwürdig, was mehr Securitas-Spaziergänge tatsächlich bringen. Vielleicht bei einigen subjektive Gefühle. Ganz sicher aber bringen Sie uns Mehrkosten. Knapp 30 % mehr will der Stadtrat hier ausgeben, dies hauptsächlich für eine Ausweitung der Kontrollen auf das ganze Jahr. Ist das zielführend? Ich meine nein. Vor allem in den Wintermonaten Dezember, Januar, Februar, wo sich nachts nur ganz wenige draussen aufhalten, ist es äusserst ineffizient, wenn wir jeden Abend sogar unter der Woche Securitas durch die Stadt spazieren lassen. In den wärmeren Monaten, vor allem im Sommer, mag dies seine Berechtigung haben, dagegen habe ich nichts einzuwenden. Aber in den Wintermonaten brauchen wir keine allnächtlichen Securitas-Patrouillen. Wenn es an diesen Abenden punktuelle Ordnungs- und Sicherheitsprobleme geben sollte, kann man dafür die Polizei anrufen.

In der FGK ist ein entsprechender Kürzungsantrag gemäss Bericht an einer Pattsituation gescheitert. Ich stelle den Kürzungsantrag nun hier im Parlament. Bei Konto 3132.80 sollen anstelle von CHF 90'000 auch in diesem Jahr CHF 70'000 budgetiert werden, wie dies in den Jahren davor bereits der Fall war. Ein Ausbau in der Höhe von fast 30 % entbehrt einer objektiven Grundlage und ist deshalb unnötig.

Linda Heller, SP/Grüne: Gern schliesse ich mich Felix Hellers Votum an und möchte ergänzen, dass das budgetierte Geld für den Ausbau der Securitas besser, effizienter und nachhaltiger in eine aufsuchende Jugendarbeit investiert werden würde. Bei diesem Ausbau der Securitas geht es nebst Leinenpflicht und Littering auch stark um die Kontrolle von Jugendlichen, die sich auch bei Dunkelheit und Kälte im öffentlichen Raum aufhalten. Eine klassische aufsuchende Jugendarbeit existiert in Arbon nach wie vor nicht. Die aufsuchende Jugendarbeit besteht aus Jugendsozialarbeiter*innen, die in der Stadt unterwegs sind und Jugendliche in ihren Sozialräumen treffen. Das Ziel aufsuchender Jugendarbeit ist, die Bedarfe der jungen Menschen festzustellen, offene Fragen und aktuelle Themen anzusprechen sowie wichtige Präventionsarbeit wie zum Beispiel Gewalt- und Drogenprävention vor Ort durchzuführen. Ich empfehle Ihnen, den Antrag von Felix Heller zu unterstützen. Diese CHF 20'000 können wir besser investieren.

Pascal Ackermann, SVP: Ich möchte mich kurthalten. Trotz meiner geäusserten Bedenken zu diesem Thema muss ich sagen, wenn wir in der nächsten Jahresrechnung das Instrument erhalten, um dies zu kontrollieren, bin ich gern bereit, es diesmal ins Budget aufzunehmen. Wenn es keinen Effekt hat, können wir nach der Jahresrechnung 2023 diesen Betrag wieder herausstreichen.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Es ist ein emotionales Thema, aber hier im Saal bitte ich doch schon, dass man die Emotionen möglichst draussen lässt und sachlich bleibt. Subjektiv oder objektiv – wir haben mit der Securitas und mit der Polizei gesprochen und wir sind objektiv der Meinung, es braucht diesen Mehrschutz. Und wenn man dann noch von Spaziergängen spricht, das stimmt dann gar nicht, dass die nur Spaziergänge machen und nichts unternehmen. Auch falsch interpretiert wird, dass nur abends patrouilliert wird. Das ist eben genau das

Problem, dass wir heute nur die Mittel haben, um abends zu kontrollieren und tagsüber keine Kontrollen stattfinden können. Das ist eben der Unterschied und das ist das Objektive an diesem Antrag. Dann wird die Polizei ins Spiel gebracht. Rufen Sie die Polizei einmal an wegen Nachtruhestörung. Das geht sehr lange, wenn sie andere Einsätze haben. Es ist nicht die erste Aufgabe der Polizei, solche Störungen zu beheben. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen. Wir haben das objektiv geprüft, dass wir diese CHF 20'000 brauchen, um einerseits auch im Sommer tagsüber durch Kontrollen mehr Sicherheit zu geben, weil wir aber auch im Winter eine Patrouille brauchen.

Noch etwas, was Linda Heller gesagt hat: Jugendschutz, Jugendausbildung, Drogen gehören gar nicht in diese CHF 20'000, das ist ein ganz anderes Thema. Wenn du dort mehr Geld willst, mehr Schutz brauchst, dann bitte dort den Antrag stellen. Securitas mit Jugendausbildung oder mehr Jugendschutz zu bieten, ist glaube ich falsch am Platz. Ich bitte Sie, heute ein Signal zu stellen. Wir können wirklich dann beim Geschäftsbericht noch einmal diskutieren, aber ich will Ihnen jetzt beweisen, dass wir mit diesen CHF 20'000 mehr Sicherheit erhalten werden.

Abstimmung

Der Antrag von Felix Heller wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen angenommen.

S. 10
1500 Feuerwehr
1500.3090.80 aus- und Weiterbildung des Personals
1500.3510.00 Einlage in Spezialfinanzierung

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Das war ein Budgetierungsfehler. Die CHF 20'000 hätten eigentlich CHF 2'000 lauten sollen. Weil das ein spezialfinanziertes Konto ist, müssen wir entsprechend auch die Spezialfinanzierungseinlage im Konto 1500.3510.00 anpassen. Die Einlage in die Spezialfinanzierung erhöht sich um CHF 18'000 und der Aufwand im 3090 nimmt um CHF 18'000 ab.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da es zu diesem Antrag keine Voten gibt, gilt er als stillschweigend angenommen.

S. 16
3290 Kulturförderung (Globalkredit)

Linda Heller, SP/Grüne: "Arbon soll Kultur-, Kunst- und Museumsstadt sein." Das steht im Kulturkonzept der Stadt, welches der Stadtrat im Mai 2019 verabschiedet hat. Damit sich Arbon als eine solche Kultur-, Kunst- und Museumsstadt etablieren und sich kulturell von anderen Oberthurgauer Gemeinden abheben kann, muss sich etwas in der Kulturförderung ändern, speziell in der Kulturförderung der freien Kunst- und Kulturszene. Betrachtet man das Kulturkonzept von Arbon, spricht der Stadtrat von fünf erfolgreich gepflegten Schwerpunktsparten. Diese sind bildende Kunst, Literatur, Musik, Museen und die darstellende Kunst. Neben diesen will der Stadtrat auch auf Nischen und Lücken der Kulturszene setzen.

Die Förderung von klassischer Musik und von Museen scheint mir in Arbon zu funktionieren. Anders sieht es bei den anderen drei Schwerpunktsparten und der Musik ausserhalb der Klassiksparte aus.

Zuerst zur städtischen Förderung von Musik ausserhalb der Klassik: Diese beläuft sich nach meinen Angaben auf insgesamt ca. CHF 12'000 (siehe S. 30 der Rechnung 2021). Mit CHF 2'500 wurde die Veranstaltung bandXost unterstützt, mit CHF 1'000 die Freddie Die Mundartshow und mit weiteren CHF 500 wurde die Open Stage beim Slow-up unterstützt. Mit jährlich wiederkehrenden Beiträgen kann der Kulturverein rechnen, und zwar mit CHF 8'000. Dieser

veranstaltet in erster Linie Rock-Pop-Konzerte. Diese insgesamt CHF 12'000 stehen den Ausgaben für klassische Musik von CHF 45'000 gegenüber. Von diesen CHF 45'000 sind CHF 39'000 stetige Beiträge an das Symphonische Orchester, den Männerchor, den Konzertrohr Ostschiweiz und für die Stadt- und Jugendmusik. Weitere ca. CHF 6'000 wurden über den Kulturpool Oberthurgau für klassische Musik gesprochen.

Sie merken, klassische Musik wird gegenüber anderweitigen Musiksparten stark bevorzugt. Die Musikförderung ist in Arbon jedoch grundsätzlich sehr gut gestellt im Vergleich zu den drei erwähnten Schwerpunktsparten darstellende Kunst, Literatur und bildende Kunst.

Zuerst zur Förderung der Schwerpunktsparte bildende Kunst: Diese beläuft sich jährlich auf CHF 8'000, welche die Kunsthalle Arbon erhält. Aus dem Kulturpool Oberthurgau wurden im Jahr 2021 keine Gelder für bildende Kunst gesprochen. Das war's auch schon mit der bildenden Kunst.

Nun schauen wir weiter in die sogenannte Schwerpunktsparte Literatur. Auf S. 5 im Kulturkonzept steht hierzu: «Mit Lesungen soll die Literatur als Kulturgut gefördert werden.» Schön. Wenn wir uns den finanziellen Einsatz dessen seitens Stadt anschauen, muss man feststellen, dass sowohl im Jahr 2020 als auch im Jahr 2021 für dieses Anliegen gerade einmal CHF 1'500 aufgewendet wurden. Diesen städtischen Beitrag erhielt die Veranstaltung Literaturtage Arbon. Ich frage mich, warum für die einzige Veranstaltung in der Sparte Literatur nicht der maximale Betrag von den städtischen CHF 2'500 gesprochen wurde und wie viele Autor*innen es sich leisten können, wahrscheinlich ohne Lohn eine Lesung zu halten.

Nun zur darstellenden Kunst: Hierzu steht im Kulturkonzept: "Die darstellende Kunst soll mit verschiedenen Theater-, Film- und Tanzaufführungen ihren Platz in Arbon haben. Die Stadt fördert und unterstützt darstellende Kunstformen und bietet geeignete Räumlichkeiten auch für Freilichtaufführungen an." Nach meinem Verständnis hat das Theater insgesamt CHF 3'000 über den Kulturpool Oberthurgau erhalten, Film ganze CHF 2'500 im Rahmen des Kidsopenairs und die Schwerpunktsparte Tanz hat mit dem Beitrag an das Tanztheater namens Red von der Stadt CHF 1'000 erhalten. Dies als alleinige Vertretung der Sparte Tanz im Jahr 2021.

Die Schwerpunktsparte darstellende Künste hat damit insgesamt CHF 6'500 von der Stadt erhalten. Ich wiederhole: Im Kulturkonzept auf S. 6 steht, dass die Schwerpunktsparten erfolgreich gepflegt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, wie mit insgesamt CHF 6'500 die darstellende Kunst und mit gerade mal CHF 1'500 die Sparte Literatur erfolgreich gepflegt werden kann. Eine erfolgreich gepflegte Kultur bekäme mehr finanzielle Unterstützung und wäre dadurch diverser und lebendiger. Schaut man sich die finanzielle Unterstützung des Kulturpools Oberthurgau in der Rechnung S. 30 des Jahres 2021 an, fällt auf, dass es sich um sehr viele kleine Beträge handelt. Das sogenannte Giesskannenprinzip, über das wir hier in Bezug auf Unterstützung von Vereinen während der Coronazeit auch schon gesprochen haben, ist auch hier in der Kulturförderung nicht willkommen. Vergleicht man die globalen Ausgaben der Stadt Arbon für die Förderung von Kultur mit der Stadt Weinfelden, steht Arbon nicht sehr gut da. Da ich mit meinem Votum nicht zu viel Zeit beanspruchen möchte, führe ich diese Bemerkungen nicht weiter aus und lade Sie gern ein, einmal selbst einen Blick darauf zu werfen.

Arbon ist die drittgrösste Stadt im Kanton. Unter den sechs Thurgauer Städten nahm relativ betrachtet die Bevölkerung 2021 in Arbon mit +1.7 % am kräftigsten zu. Die drittgrösste Stadt im Kanton sollte sich für ihr kulturelles Leben mehr leisten. Ich zitiere noch ein letztes Mal aus dem Kulturkonzept der Stadt Arbon S 3 und 4: «Kultur stiftet Identität, fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt. Die Kulturförderung bewirkt, dass Arbon die Bedeutung eines aktiven Kulturengagements anerkennt. Sie soll auch beitragen zur Förderung und Stärkung der Lebensqualität seiner Bewohner*innen, seiner Identität als Kultuort in der Ostschiweiz und in der Bodenseeregion, des Standortmarketings und des Tourismus.» Wenn wir eine lebendige Kulturstadt haben wollen, muss mehr Geld gesprochen werden. Machen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Ich bitte Sie, meinen Antrag auf die Erhöhung des Budgets für den Global

Kredit der Kulturförderung von CHF 132'000 auf CHF 152'000 zu erhöhen, das ist eine Erhöhung um CHF 20'000.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Herzlichen Dank Linda Heller für dieses Votum. Kultur ist durchaus, und das bestreitet niemand, sehr wertvoll. Was es zu bedenken gilt, im Rahmen des Kulturpuls beteiligen wir uns mit CHF 32'000 pro Jahr, der Kanton verdoppelt diesen Beitrag jeweils noch. Wir haben vor zwei Jahren diese Kontoposition von CHF 121'000 auf CHF 132'000 pro Jahr erhöht. Dann gibt es dieses spezielle Konto für besondere Anlässe 3636.90, aktuell, wie du es richtig erwähnt hast, in diesem Jahr mit CHF 4'500 belastet. Wenn man die Reithalle wegrechnet, wurde dieses Konto in den vergangenen Jahren nie ausgeschöpft. Da gebe ich dir recht, da kann man durchaus über die Vergabepräxis oder die Kriterien für die Vergabe diskutieren. Vielleicht waren auch zu wenig Anträge da. Man kann ja beim Kulturpool Einzelbeiträge und Defizitgarantien beantragen und erhält dann dementsprechend gewisse Beiträge. Daher denke ich, die Vergabepräxis kann man durchaus überdenken, aber ich denke, die Zahlen zeigen es, es sind eigentlich genügend Mittel vorhanden.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Beim Votum von Linda Heller ist mir eine Frage auf der Zunge liegengeblieben. Gibt es denn in den Sparten, die Linda erwähnt hat, auch Anträge, die abgelehnt wurden?

Stadtpräsident René Walther, FDP: Da ich noch nicht im Kulturpool bin, entzieht es sich meiner Kenntnis, ob in diesem Bereich Anträge abgelehnt wurden. Ich kann es nur aus anderen Regionen beurteilen, die ähnliche Systeme haben. Es gibt tatsächlich wenige Anträge in diesem Bereich. Es ist nach meinen Kenntnissen die Musik und leider vor allem die klassische Musik, die Anträge einreicht.

Linda Heller, SP/Grüne: Was ich aus eigener Erfahrung weiß, wenn man einen Antrag für eine Unterstützung einreicht – samt Kanton –, kann man maximal CHF 5'000 Anfragen – ist es oft nicht so, dass man den ganzen Betrag erhält. Beispielsweise beim erwähnten Tanztheater RED, da bin ich involviert, die haben insgesamt CHF 5'000 angefragt und CHF 2'000 erhalten. Beim Literaturfestival weiß ich es nicht, aber ich kann mir auch dort vorstellen, dass wahrscheinlich die volle Summe angefragt wurde.

Erwähnen möchte ich auch noch, dass der Kulturpool mit dem Kanton verknüpft ist. Das bedeutet, Kulturschaffende können nicht in Arbon Gesuche einreichen und auch beim Kanton Gelder anfordern. Das schliesst sich wegen dieses Konzepts gegenseitig aus. Ich verstehe, dass das auf der einen Seite sehr viel Gutes bringt, aber es hat halt eben auch diese Komponente dabei. In anderen Kantonen ist das nicht der Fall. Dort ist es oftmals so, dass wenn eine Stadt Gelder spricht, der Kanton es da noch verdoppelt, damit diese Kulturveranstaltungen oder dieses kulturelle Projekt durchgeführt werden kann. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie meinem Antrag auf Erhöhung um CHF 20'000 zustimmen würden. Es handelt sich hierbei nicht um sehr viel Geld, es sind nur CHF 20'000.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle fest, dass Sie bei der Polizei CHF 20'000 gekürzt haben. Das sei keine emotionale Sache, da gebe ich Ihnen recht. Polizeiliche Aktivitäten können in Statistiken nachgelesen werden und bislang haben wir nichts gesehen, und es wurde auch zu Recht erwähnt, dass ausserhalb der Saison der Delinquenten ein Patrouillieren allenfalls lediglich eine emotionale Besserstellung des Sicherheitsgefühls bei den Leuten hätte. Bei der Kultur ist es rein emotional. Da gibt es keine Statistik über das Glücksgefühl, welches Sie nach einem Konzert oder nach dem Besuch einer Galerie haben. Demzufolge spielt hier dieses Argument nicht. Und ich stelle auch noch fest, dass offensichtlich die Praxis besteht, hier Gelder zu sparen und zu sagen, man hätte wenig oder zu wenig Bewerber, indem man einfach die einzelnen Gesuche kürzt. Und dann kann man sagen, wir hätten ja noch gern mehr Bewerbungen und die entsprechenden Gelder werden nicht ausgeschöpft. Ich bitte Sie, hier ein Gegensignal zu setzen und den Antrag meiner Tochter zu genehmigen und die CHF 20'000 zu bewilligen und die

Kulturschaffenden zu ermuntern, generell Gesuche zu stellen und die Kommission anzuhalten, grosszügiger zu sein.

Christoph Seitler, FDP/XMV: Ich als einer aus der Kulturfront, als Arbeiter, der Kleinkultur fördert, ich bin unter anderem Mitorganisator des Picknickjazz am See, welches dieses Jahr sein zehnjähriges Jubiläum hat, das sind jeweils 5-7 Events, die am See im Jakob-Züllig -Park stattfinden. Wir haben auch schon versucht, unser Defizit, das wir jährlich einfahren, das sind etwa CHF 1'000 bis CHF 2'000, über den Kulturpool zu refinanzieren. Es ist uns einmal gelungen, CHF 1'000 oder CHF 1'500 zu bekommen. Was die Hürde ist, ist das Antragsformular. Wenn man dieses herunterlädt, müssen Personalkosten, Honorar an Dritte, Sachaufwand, Infrastruktur, Raummiete, Logistikkosten, Marketing/Werbekosten ausgeführt werden, damit man überhaupt einen kleinen Batzen bekommt. Ich denke, das etwas zu verschlanken und konsumentenfreundlicher zu gestalten, wäre eine Bitte an den Stadtrat. Ich als Jazzpianist und Kulturförderer bin natürlich für diese CHF 20'000 zur Kulturförderung, wie es im Antrag von Linda Heller formuliert wurde.

Ulrich Nägeli, SVP: Auch ich möchte nur kurz Stellung nehmen zu diesen CHF 20'000, das ist in diesem Budget wirklich keine Riesenwelle. Aber wir wollen ja Arbon attraktiv machen und Kultur und Veranstaltungen sind eben ein wichtiger Hebel in Arbon. Genau deshalb werde ich dem Antrag zustimmen, weil das wieder etwas generiert, was man jetzt im Moment nicht messen kann, aber wenn wir auf dem Tourismussektor bleiben wollen, wo Kultur auch dazugehört, würde ich dem eben auch zustimmen. Das ist wirklich in diesem Budget keine grosse Summe.

Abstimmung

der Antrag von Linda Heller wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen angenommen.

S. 16
3410 Sport
3410.3632.05 Beitrag EZO Romanshorn

Lukas Auer, SP/Grüne: Ich habe eine allgemeine Bitte. Wer von der Stadt Arbon einen Koffer voll Geld möchte, der soll aufzeigen, wofür er ihn braucht. Das sind zum Beispiel Arbon Tourismus, EZO Hallenverbund, Winterwasser, Thurgau Tourismus usw. Gut, dass ich die Frage bereits telefonisch und schriftlich angekündigt habe und dass wir, ich nehme an auf meinen Wunsch hin, schon drei Berichte haben. Letztes Jahr hatten wir das ja noch nicht. Ich bitte den Stadtrat aus Eigeninitiative und vielleicht auch auf den Wunsch von einzelnen von uns, hier Druck zu machen, wer einen Koffer voll Geld von uns will, der soll Rechenschaft ablegen. Es ist ja nicht so, dass wir ihm verbieten, den Koffer mitzunehmen. Ich hoffe, ich muss nächstes Jahr nicht noch einmal die gleiche Frage stellen, denn ich denke, es sollte ja selbstverständlich sein. Ich bedanke mich aber jetzt schon bei Jörg Zimmermann für das Intervenieren, dass wir jetzt schon mal drei Berichte haben. Ich hoffe, das wird gelesen und studiert – wie auch unsere Personalpolitik hier studiert wird.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Ich versuche, hier einen Automatismus in Gang zu setzen, der dazu führt, dass ihr regelmässig informiert werdet und nichts mehr separat angefordert werden muss für dieses Köfferchen voller Geld.

3410.3632.06 Regionale Projekte im Bereich Sport

Esther Straub, Die Mitte/EVP: Hier ist das Budget CHF 60'000. Ich weiss, das Kombiabo Schwimmbad Arbon/Blumenwies St. Gallen gibt es nicht mehr. Neu gibt es einen Hallenverbund, wo pro Einwohner CHF 2 bezahlt werden. Was steckt genau hinter dem Wort Hallenverbund? Hat die Bevölkerung vom Hallenverbund einen Vorteil? Zusätzlich wird unter diesem Bereich noch das Winterwasser mit CHF 2 pro Einwohner erwähnt. Wie rege wird das Winterwasser von den Arboner Vereinen und der Bevölkerung besucht?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Beim Hallenbadverbund bezahlen die Verbundgemeinden einen Beitrag zum Defizit der Standortgemeinden. Hierbei sind Herisau, Gossau, zwei Mal St. Gallen, Wittenbach, Romanshorn und Speicher involviert. Als Verbundgemeindemitglied können die Einwohner*innen die Bäder zum Normaltarif besuchen. Einwohner aus Gemeinden, welche nicht Mitglied sind, bezahlen einen Aufpreis von 50 %. Zum Winterwasser muss man wirklich sagen, es wird von der Arboner Bevölkerung nur sehr verhalten besucht. Wie viele Eintritte es genau sind, konnte ich leider nicht eruieren, aber die meisten Arboner*innen besuchen die Hallenbäder in Wittenbach und St. Gallen.

S. 16
3411 Schwimmbad
3410.3120.00 Wasser, Energie und Heizmaterial

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Dieser Antrag ist eine aktive Aufforderung der FGK an den Stadtrat, sich mit Arbon Energie in Verbindung zu setzen und für mengenmässig reduzierte Tarife bei Wasser und Energie beim stadteigenen Betrieb vorstellig zu werden. Wir denken, dass etwa ein 10%-Bonus als Grossbesteller drinliegen sollte. Entsprechend würde sich hier der Betrag für die Energie um CHF 13'000 reduzieren. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses Antrags.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da es zu diesem Antrag keine Voten gibt, gilt er als stillschweigend angenommen.

S. 27
5442 Kinder- und Jugendarbeit
5442.3131.01 übrige Projekte

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Aufgrund einer Nachfrage zur Budgetierung der Resultate aus dem Stadtworkshop ist die FGK der Ansicht, hier CHF 30'000 anstelle der stadträtlichen CHF 20'000 zu budgetieren. Es ist eine etwas unsichere Position, die Resultate aus diesem Stadtworkshop sind schliesslich noch nicht bekannt. Als Zeichen der Wertschätzung dieser Bemühungen, um einen höheren Handlungsspielraum zu signalisieren, stellt die FGK jedoch diesen Antrag. Wir bitten Sie, dem Antrag der FGK zuzustimmen.

Linda Heller, SP/Grüne: Vor einigen Monaten fand in Reaktion auf die Interpellation von Daniel Bachofen und mir eine rege Diskussion über die Arboner Jugendarbeit statt. Viele von Ihnen waren der Meinung, dass die Stadt im Bereich der Jugendarbeit mehr tun muss, und mit Tun ist die Umsetzung von Projekten gemeint. Es wurden viele Ressourcen in Mitwirkungsprozesse investiert und diese Ressourcen werden sich nur lohnen, wenn mit den gewonnenen Erkenntnissen auch etwas gemacht wird. An den Pop-up-Büros sowie der anschliessenden Online-Mitwirkung wurden Informationen gesammelt, was Arbon für junge Menschen attraktiv macht und was in Arbon fehlt. Dabei möchte ich auf den Mitwirkungsbericht auf meinthurgau.ch verweisen, da sind bereits erste Resultate dieser Stadtworkshops zu sehen. Einmal mehr wurde festgestellt, dass es ein grosses Bedürfnis für eine Form von Treffpunkt für Jugendliche gibt wie zum Beispiel ein Jugendzentrum, einen Jugendraum oder eine Jugendbar. Des Weiteren sind viele Ideen im Bereich Sport zusammengekommen, unter anderem ein Trampolin und ein Sprungturm im See. Im Bereich von Freizeitangeboten, Detailhandels- und Gastronomieangeboten gibt es weitere Ideen wie beispielsweise ein Theater und einen grösseren Jahrmarkt. Ausserdem wünschen sich die jungen Menschen nettere Polizisten, sie wollen mehr Sport in der Schule und längere Sommerferien. Zudem kam die Idee eines Grundeinkommens bzw. eines sogenannten Gratisgelds für Jugendliche im Wert vom CHF 100 pro Monat auf. Schön. Eine nicht erfreuliche Erkenntnis ist, dass einige junge Frauen Orte wie Weiher, See und Altstadt in der Nacht meiden, weil sie Angst vor Gewalt haben.

Was passiert nun mit diesen Erkenntnissen und all diesen Ideen? An der Ideenwerkstatt vom 17. September wurden diese Erkenntnisse bearbeitet und einmal mehr Ideen gesammelt, wie Arbon für junge Menschen attraktiver gestaltet werden kann. Anschliessend wurden für die Umsetzung dieser Ideen Arbeitsgruppen gebildet. Die Umsetzung der Ideen kostet. Einige Projekte wie zum Beispiel ein Treffpunkt für Jugendliche wie zum Beispiel ein Jugendzentrum sind relativ kostspielig. Die budgetierten CHF 20'000 reichen dafür sicherlich nicht aus und die Absicht der Stadt, das Budget über Funding und Crowdfunding zu erhöhen, sehe ich sehr kritisch. Funding von öffentlichen und privaten Stiftungen finde ich sinnvoll, Crowdfunding lehne ich ab, denn die Arboner Bevölkerung zahlt bereits Steuern für städtische Anliegen wie zum Beispiel die Jugendarbeit.

Wie bereits in der vorhin erwähnten Interpellation von Daniel Bachofen und mir gibt Arbon im Vergleich zu anderen Thurgauer Gemeinden sehr wenig für die Jugendarbeit aus. Machen wir einen Schritt in die richtige Richtung und erhöhen wir das Budget für die Arboner Kinder- und Jugendarbeit nicht nur um CHF 10'000, sondern um CHF 20'000. Damit eine ausführliche und gute Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Stadtworkshop gezogen werden kann, bitte ich Sie, meinem Antrag zur Erhöhung des betreffenden Budgets von CHF 20'000 auf CHF 40'000 zuzustimmen. Es muss vorwärtsgehen mit der Arboner Jugendarbeit.

Abstimmung

Der Antrag der FGK erhält 18 Stimmen, der Antrag von Linda Heller erhält 11 Stimmen.

Abstimmung

Der Antrag der FGK wird einstimmig angenommen.

S. 34

6210 Öffentliche Verkehrsinfrastruktur

6210.3110.00 Anschaffung Bushaltestellen etc.

Lukas Auer, SP/Grüne: Hier haben wir zum Budget 2022 eine Abweichung von CHF 80'000. Wie viele Ladestationen sind da geplant? Ich nehme an, die Ladestationen werden an öffentlichen Plätzen sein. Muss man dann dafür bezahlen? Ich war letzte Woche geschäftlich in Deutschland, da musste man schon beim öffentlichen Platz für das Elektroauto bezahlen. Kann man zum Ausbau der Elektroladestationen ein bisschen mehr sagen?

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Wir haben keine konkreten Standorte mit Ausnahme des Standorts beim Seeparksaal. Dort sieht es aber so aus, dass die Arbon Energie die Kosten dafür weitestgehend tragen wird. Wir sind ja jetzt mit der Budgetierung noch einigermassen früh dran und ich bin zuversichtlich, dass wir im nächsten Jahr doch die eine oder andere Ladestation in Arbon realisieren können.

S. 35

6220 Regional- und Agglomerationsverkehr

6220.4510.00 Entnahme aus Spezialfinanzierung und

6310 Schifffahrt

6310.4510.00 Beitrag an Kursschifffahrt

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Es sind in der Tat zwei Anträge, die ich aus Effizienzgründen zusammenpacke. Es geht um die Projekte Selbstfahrender Bus und Projekt Elektrofähre. Nach Diskussion mit dem Stadtrat und der Verwaltung können diese beim effektiven Eintreten der Projekte der Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung, Förderung Öffentlicher Verkehr entnommen werden. Die FGK beantragt Ihnen, dies auch im Budget so abzubilden und entsprechend nicht nur den Aufwand zu budgetieren, sondern auch gleich die Entnahme aus der Spezialfinanzierung. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Der Stadtrat ist mit diesem Vorschlag der FGK einverstanden und bittet Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da es zu diesem Antrag keine weiteren Voten gibt, gilt er als stillschweigend angenommen.

S. 39

*7710 Friedhof und Bestattung allgemein
7710.3101.00 Sarglieferungen, Grabbeschriftungen*

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Aufgrund der Vorjahreszahlen ist die FGK der Ansicht, hier könnte mit etwas mehr Optimismus und der Hoffnung auf eine leicht tiefere Sterblichkeit im Budget nur mit CHF 70'000 anstelle der vorgeschlagenen CHF 80'000 operiert werden. Wir danken Ihnen für die Unterstützung dieses letzten Antrags der FGK zur Budgetierung der Erfolgsrechnung 2023. Wir haben dann seitens der FGK noch einen Antrag bei der Investitionsrechnung.

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Optimismus beim Thema Sterben – ich weiss nicht so recht. Der Stadtrat kann den Antrag aber unterstützen, wobei es natürlich schwierig abzuschätzen ist, wie viele Leute sterben und mit wie vielen Toten wir rechnen müssen. Jeder Tote wird in einem Sarg abgeholt. Dann ist es noch eine Frage des Materials. Wir haben gehört, wir haben Teuerungen beim Holz. Wir sind einverstanden, aber wenn es dann anders kommt, bitte ich um keine Reklamationen, dass wir uns da verschätzt haben.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da es zu diesem Antrag keine weiteren Voten gibt, gilt er als stillschweigend angenommen.

S. 44 – 47

*9630 Div. Liegenschaften des Finanzvermögens
9630.3439.10 Wasser Energie Heizmaterial
Konto 9630.3439.11 Energie Parkplatz Römerhof
9631 Restaurant Seeparksaal
Konto 9631.4439.00 Heiz und Nebenkosten
9632 Rebenstrasse 33 (Sonnenblumenhaus)
Konto 9632. 4439.00 Heiz und Nebenkosten
9633 Schädlerliegenschaft (Kunsthalle)
Konto 9633.3439.10 Wasser und Energie
Seite 46
9634 Rathausgasse 1-3
Konto 9634.4439.00 Heinz- und Nebenkosten Akonto
9635 Feilenstrasse 1, Stachen
Konto 9635.3439.10 Wasser Energie Heizmaterial
Konto 9635.4439.00 Heiz und Nebenkosten Akonto
9636 Schulstrasse 2, Frasnacht
Konto 9636.3439.10 Wasser Energie Heizmaterial
9637 Restaurant Strandbad
9637.3439.10 Wasser Energie Heizmaterial*

Ulrich Nägeli, SVP: Die Fraktion SVP stellt den Antrag, bei den Konten 9630 S. 44 bis Konto 9637 S. 47 folgende Änderungen vorzunehmen: Es geht um eine Erhöhung um 10 % für Energie bei folgenden Konten: 9630.3439.01; 9630.3439.11; 9631.4439.00; 9632.4439.00; 9633.3439.10; 9634.4439.00; 9635.3439.10; 9635.4439.00; 9636.3439.10; 9637.3439.10. Bei diesen Konten sollen nochmals 10 % zum budgetierten Betrag gerechnet werden. Warum diese Anpassung? Seit Dezember 2020 sind die allgemeinen Energiekosten in der Schweiz um knapp 30 % gestiegen. Dies beinhaltet den ganzen Mix aus Energien, also Strom, Wasser, Erdgas, Öl

und Holz. Die Preisentwicklung bis zum heutigen Zeitpunkt lässt sich genau bestimmen. Für das Budget 2023 wurden die Kosten auf diesen Konten um 24 % erhöht. Rechnet man aber die Position der Liegenschaft Schulhausstrasse 2 in Frasnacht (Konto 9636) ab, hier wurde eine Kostenanpassung von +50 % angesetzt, so kommen wir nur noch auf einen Durchschnitt von 17.51 %. Bereits im Budget 2021 wurden keine grossen Veränderungen an diesen Konten vorgenommen. Somit erhalten wir eine zu moderate Kostenerhöhung für das Budget 2023. Dieses musste früher erstellt werden und es ist äusserst schwierig, Prognosen für das Jahr 2023 abzugeben. Auch die Aussagen von verschiedenen Institutionen mit unterschiedlichen Ergebnissen erleichtern eine genaue Kostenschätzung nicht. Je nach Dauer und Temperatur des Winters in Europa kann es noch zu erheblichen preislichen Verwerfungen kommen. Wir müssen hier mit einer gewissen Unschärfe rechnen. Das Budget soll aber so nah wie möglich an der Kostenentwicklung entlanglaufen. Wir empfehlen daher, mit dem heutigen Erkenntnisstand bei den Energiepreisen nochmals 10 % zuzurechnen und somit der Teuerungslinie eng zu folgen. Wir machen damit nur unsere Aufgabe als Mitverantwortliche für das Budget. Wir alle sind uns bewusst, dass mit Energie haushälterisch umgegangen werden muss, und dieser Mehrbetrag auf den Heizkosten soll keine Einladung sein, diese Energie auch sprichwörtlich zu verheizen. Sie dient der Sicherheit dieser Konten, richtig eingeschätzt zu haben. Somit würde sich die Summe über alle genannten Konten im Budget um CHF 600 erhöhen, weil die Akontozahlungen im Budget negativ gerechnet werden. Weil aber auch die Akontozahlungen von jemandem bezahlt werden müssen, würde sich die Summe, die für Heizkosten bereitsteht, um CHF 7'600 erhöhen. Das ist keine grosse Änderung im Arboner Budget, so fordern wir Sie höflich auf, dem Antrag der SVP-Fraktion zuzustimmen. Dies im Sinn der Kostenwahrheit.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Ich möchte Ihnen hier kurz die Position der FGK erläutern und darauf eingehen, warum wir hier nicht auf eine Erhöhung gepocht haben. Wir haben, Sie sehen es im Fragenkatalog, diese Frage auch an den Stadtrat gerichtet. Der Stadtrat hat uns gegenüber begründet, dass diese Einschätzung bei den Energiepreisen vor allem auch aus der Stromsituation herauskomme. Das war gerade noch kurz vor der öffentlichen Publikation der Stromtarife. Der Stadtrat kannte aber diese Verhandlungsposition bereits und konnte sich uns gegenüber argumentativ so ausweisen, dass wir sagten, wir können diese Position so belassen. Vielleicht kann Stadtrat Dieter Feuerle noch ergänzen, wie er auf diese Kostenschätzung gekommen ist.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Es ist so, die Energiepreise sind sehr schlecht voraussehbar. Allerdings beim Strom wissen wir es ja jetzt. Wir hier in Arbon sind in der glücklichen Situation, dass der Strompreis im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden und Regionen nur moderat steigt. Darum denke ich, kann man es verantworten, das Budget jetzt so zu belassen. Wir wissen wirklich nicht, wie sich die anderen Energiepreise wie Gas und Öl auswirken. Öl haben wir allerdings nicht mehr sehr viel bei der Stadt, aber wenn schon, wäre es der Gaspreis, der noch einschenken könnte. Aber ich denke, egal was wir jetzt budgetieren, 10 % mehr oder weniger, es ist sowieso schwierig, hier eine Prognose abzugeben.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle bei den Liegenschaften fest, dass wir etliche davon drittvermietet haben. Die entsprechenden Kosten für die Beheizung werden doch in den Nebenkosten abgerechnet. D. h., wenn Sie Mieter sind und mehr Allgemeinstrom und mehr Heizöl brauchen, mag sein, dass Ihre Akontozahlung knapp ist, aber Sie bekommen dafür im nächsten Jahr eine gesalzene Rechnung. Es ist nicht Sache des Vermieters, für den Konsum des Mieters aufzukommen. Demzufolge meine ich, die Suppe werde für die Stadt nicht so heiss gegessen, wie du sie gekocht hast.

Bill Mistura, SVP: Riquet, da muss ich dich korrigieren. Es ist zwar richtig, was du gesagt hast, aber die Einschätzung fürs nächste Jahr wird so sein, dass viele der Mietenden die Nebenkosten und die Heizrechnung gar nicht mehr bezahlen können. Dann sieht es eben leicht anders aus. Ich weiss nicht, wer bei der Stadt die Mietenden der entsprechenden Immobilien sind, aber wenn die Entwicklung so weitergeht, wie es aussieht, werden die Eigentümer einiges an Kosten übernehmen müssen, weil die Mieter sie nicht mehr bezahlen können.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich finde es sehr mutig, Prognosen für die Zukunft zu machen. Es ist wirklich schwierig, das zu beurteilen. Es geht nur darum, wir haben jetzt einen neuen Kenntnisstand, ihr habt es in der Finanzkommission geprüft, bereits einen Monat später haben wir einen neuen Kenntnisstand. Bis es zur Abstimmung kommt, haben wir eventuell noch einen neuen Kenntnisstand. Es ist eigentlich nur unsere Aufgabe, das zu verfolgen und auf diese Situation zu reagieren. Stand heute haben wir bereits 30 % Aufschläge. Ich weiss nicht, wie das in einem oder zwei Monaten ist, wenn wir darüber abstimmen, aber wir haben dann einfach unsere Pflicht getan und haben das so eng wie möglich bewertet. Es geht eigentlich nur darum. Wie gesagt, die Summe ist eigentlich klein, aber wir haben darauf reagiert, darum bitte ich Sie nochmals, dem zuzustimmen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Investitionsplan (grüner Teil)

S. 2

3 Kultur, Sport, Freizeit

3121.5040 Schloss allgemein, Turm, Dachsanierung/Sanierung Mauer

Daniel BACHOFEN, SP/Grüne: Ich beantrage Ihnen hier, Bundes- und Kantonsbeiträge unter den Einnahmen mitzubudgetieren. Bei der Sanierung der Schlossmauer wurden etwa 40 % der Kosten vom Kanton übernommen. Ich denke, das ist hier in der hektischen Budgetierung einfach vergessen gegangen. Nach Absprache mit Markus Rosenberger geht die Verwaltung davon aus, dass wiederum eine Beteiligung zu erwarten ist. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass hier wieder von etwa 40 % ausgegangen wird und wir die Investitionsrechnung an dieser Stelle um CHF 400'000 entlasten.

Stadtrat Jörg Zimmermann, Xmv: Ja, es ist richtig, wir bekommen 40 % vom Bund und Kanton an diese Sanierung. Aber die Sanierung des Turms wurde auf zwei Jahre verteilt. Dass das so ist, hat damit zu tun, dass wir Rücksicht nehmen auf die Mauersegler und zum Schutz dieser Vögel. Die Gesamtkosten belaufen sich etwa auf CHF 2.1 Mio. Die Rückerstattung kann erst nach der Renovation bei Kanton und Bund beantragt werden, also wird dies erst im Budget 2024 ersichtlich sein.

Daniel BACHOFEN, SP/Grüne: Budgetiert wurden im nächsten Jahr nur CHF 1 Mio., vielleicht braucht es hier noch eine kleine Erläuterung.

Stadtrat Jörg Zimmermann, Xmv: CHF 2.1 Mio. bezieht sich auf zwei Jahre. 2023 CHF 1 Mio., 2024 CHF 1.1 Mio., und wenn das Ganze abgeschlossen ist, kann man bei Bund und Kanton das Ganze beantragen, um die Rückerstattung zu erhalten, aber erst nach abgeschlossener Sanierung.

Daniel BACHOFEN, SP/Grüne: Wenn es tatsächlich so ist, dass das erst 2024 abgeschlossen ist und nicht so wie in den Unterlagen vermerkt nächstes Jahr, dann versteh ich das, dann macht mein Antrag keinen Sinn, ich ziehe den Antrag zurück.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Ich finde den Hinweis von Daniel BACHOFEN trotzdem wichtig, denn die erwähnte zweite Million fehlt trotzdem in der Investitionsrechnung für 2024 oder 2025 oder wann auch immer das fortfolgen soll. Ich möchte darum bitten, diesen Eintrag noch zu korrigieren.

3424 Camping

Felix Heller, SP/Grüne: Vielleicht ging nochmals etwas vergessen. Uns in der Fraktion ist aufgefallen, dass bei Konto 3424 zum Camping für das Jahr 2024 CHF 2 Mio. vorgesehen sind für Sanierung Campinggebäude/Neubau. Fehlt da nicht ein entsprechender Planungskredit für das Jahr 2023 im Investitionsplan?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Ich habe hier auch keinen Planungskredit gesehen. Da muss ich zuerst Abklärungen treffen, ich kann hierzu keine Antwort geben.

Riquet Heller, FDP/XMV: Kann man dem Stadtrat allenfalls beim Campingplatz helfen, indem die Planungskosten in der laufenden Rechnung verbucht werden oder dass die Planung und die Investition im selben Jahr erfolgen? Nämlich im Frühjahr und im Sommer wird projektiert und im Winter dann, wenn weniger Campinggäste da sind, wird gebaut. Es ist auch sinnvoll, dass man Planungskosten gleich in die Investitionskosten verbucht. Liege ich richtig?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Es wäre schön, aber es fehlt uns vermutlich die Zeit. Wenn man den Campingablauf sieht, von der Planung bis zum Anfang des Baus wird es schlichtweg nicht möglich sein, das in so kurzer Zeit zu realisieren. Darum ist die Frage von Felix Heller schon nicht unberechtigt.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich spreche nochmals zum Camping 3424. Die Zahl, die fehlt, ist 24. Das kann man ja zusammenrechnen.

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Die Gesamtsumme beim Camping stimmt, es fehlt lediglich die Zahl. Diese Zahl bezieht sich auf den Abbruch und den Projektierungskredit, den Felix Heller vorhin erwähnt hat. Diese CHF 420'000 würden das gesamte total wieder auf CHF 1.05 Mio. ergänzen.

Vielleicht noch eine kleine Ergänzung zum Schloss: Natürlich müssen wir im Planjahr die CHF 1.14 Mio. für die zusätzliche Sanierung, die 2024 fällig ist, miteinführen. Hier eine kleine Anmerkung: Als wir im April für die Investitionen budgetierten, wussten wir noch nicht, dass sie das ganze Gerüst wegen den Mauerseglern ein ganzes Jahr länger stehen lassen müssen, was zu den Mehrkosten geführt hat, aber auch dazu führt, dass wir nicht nur den Turm, sondern auch einen Teil der Mauer sanieren.

S. 3
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung
6150 Fussgängerpassarelle Heizkraftwerk

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: Die Planungskosten bei der Fussgängerpasserelle erscheinen der FGK etwas hoch. Wir bitten Sie, unseren Antrag zu unterstützen, hier nur CHF 150'000 anstelle von CHF 200'000 einzusetzen. Das war der einzige Antrag der FGK zur Investitionsrechnung, damit haben wir alle unsere Anträge gestellt.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Da es zu diesem Antrag keine Voten gibt, gilt er als stillschweigend angenommen.

S. 5
6151 05 5060 Ausstattung Bushaltestelle (inkl. Bushof)

Arturo Testa, Die Mitte/EVP: Diese CHF 220'000 hätte ich gern etwas genauer aufgeschlüsselt. Bei diesem Betrag würden wir gern wissen, was sich hinter diesen Zahlen verbirgt. Weiter wäre interessant zu wissen, ob hier schon Kosten für den neuen Busbahnhof, wie der Titel suggeriert, enthalten sind. Im Text werden auch Ticketautomaten aufgezählt. Wie ist dies zu verstehen? Was muss die Stadt hier bezahlen? Die sind doch privat.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Ja, der Titel ist wirklich etwas unklar. Hier sind die Ausstattungen aller Bushaltestellen gemeint inkl. Bushof. Allerdings ist es so, dass beim Bushof 2023 nichts geplant ist, der ist ja eigentlich neu. Jedoch wird das Geld vor allem bei den Haltestellen Frohmatstrasse und Rotbuch in Frasnacht stadteinwärts investiert. Hier sind wir jedoch auch auf den Kanton angewiesen, der zuerst die behindertengerechten Buskanten bauen muss. In Zukunft soll der Objektname geändert und die geplanten Ausstattungsvorhaben im Kurzbeschrieb erwähnt werden, dann ist es klarer.

S. 5 neu

8712 5040 Stadteigene Stromproduktion mit PV-Anlagen

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Ich spreche zu einem Konto, welches in der Investitionsrechnung noch nicht vorhanden ist, weil wir einen neuen Antrag einbringen möchten. Es geht um die stadteigene Stromproduktion mit PV-Anlagen. Seit Jahren ist eigentlich klar, dass es für die Energiewende mehr erneuerbare Energie braucht. Im Frühling anlässlich der Rechnung stellte die FGK dem Stadtrat die Frage, wieso die Stadt nicht das ökologischste Stromprodukt bezieht. Die Antwort lautete, die Stadt möchte selber PV ausbauen. Im Budget habe ich dann gespannt gesucht und das Budget auf entsprechende Hinweise durchforstet, leider Fehlanzeige. Auf die Frage der FGK, wieso die Beiträge fehlen, sagte der Stadtrat, er sei noch nicht so weit, es brauche zuerst noch eine Planungsphase. Die Energiewende am sich wäre schon Grund genug zu handeln, aber mittlerweile stecken wir auch noch in der Energiekrise. Was will der Stadtrat? Weitere Planungsphasen. Ich denke nein, wir sollten, wir müssen eigentlich jetzt handeln und ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag zu unterstützen. Seien wir ehrlich, so kompliziert ist es dann auch wieder nicht. Die Stadt hat mehr als 10 Gebäude, die sich gut bis sehr gut für Photovoltaik eignen würden, angefangen zum Beispiel hier auf dem Dach des Seeparksaals, beim Feuerwehrdepot oder beim Friedhofsbetriebsgebäude. Es sind auch nicht sehr komplizierte Projekte, man kann sie ausschreiben und realisieren. Je früher desto besser. Deshalb beantrage ich Ihnen einen Objektkredit Stadteigene Stromproduktion mit PV-Anlagen auf Konto 8712.5040 über CHF 450'000. Damit erteilen wir dem Stadtrat einen klaren Auftrag, hier vorwärtszumachen. Die Stadt kann so ihren Beitrag zur erneuerbaren Energieproduktion leisten. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Riquet Heller, FDP/XMV: Spontan fällt einem da ein, dass wir eine spezialisierte AG für Elektrizität im Alleineigentum haben. Weshalb überlassen wir diese Dächer, die wir in der Stadt haben, nicht dieser besonderen AG, nämlich der Arbon Energie? Wurde schon angefragt, ob sie diese Dächer allenfalls sogar bei der Stadt mieten möchten? Dann haben wir das ganze Risiko der Investitionen und die ganzen technischen Probleme, die diese Installationen geben, nicht auf unserer Seite, sondern unsere spezialisierte AG macht das. Wurde das geprüft?

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Nicht weil es eine schlechte Idee ist, sondern weil wir wirklich noch nicht parat sind. Es braucht einfach zuerst jetzt wirklich saubere Abklärungen – ich würde dem nicht einfach Planung sagen –, was die PV-Anlagen betrifft, sondern wir müssen auch zuerst schauen, dass die Dächer, auf die wir diese Anlagen montieren lassen möchten, auch in Ordnung sind, und das geht nun wirklich nicht innerhalb von zwei Tagen. Es wäre grundsätzlich einfach, eine Firma anzurufen und zu sagen: Mach mir mal eine PV-Anlage aufs Dach. Aber das muss zuerst ganz sauber und detailliert abgeklärt werden. Wir haben das im Stadtrat besprochen, wir sind jetzt daran, mit dem neuen Bereich Umwelt und Energie eine saubere Abklärung zu treffen und dann auch einen sauberen Finanzplan zu machen, wie wir das bewerkstelligen könnten. Es gibt auch Varianten, wie es zum Beispiel Riquet Heller angesprochen hat. Beispielsweise könnten unsere stadteigenen Dächer auch vermietet werden oder unserer Tochter, der Arbon Energie, zur Verfügung gestellt werden, allerdings muss auch das seriös durchgerechnet und abgeklärt werden. Wenn wir das machen, dann haben wir auch keinen Eigenverbrauch beim Strom. Im Moment ist jede Kilowattstunde Strom, die man selber produziert und selber braucht, ungefähr 23 oder 24 Rappen wert. Von dem her bitte ich Sie bei aller Sympathie, jetzt nicht einfach einen Schnellschuss zu machen. Und leider hat das jetzt wirklich auf das Budget 2023 nicht gereicht, aber wenn wir einen

super Plan und ein super Projekt haben, könnte man eine erste Anlage vielleicht nächstes Jahr auch über einen Nachtragskredit machen. Dann bitte ich Sie, wenn hier grosser Konsens herrscht, dass die Photovoltaikproduktion mit vollem Dampf auf den stadteigenen Dächern bewerkstelligt werden soll, hier dann auch nachsichtig zu sein. Im Übrigen ist es so, dass das Gewerbe, die Installateure mit Volldampf arbeiten. Wenn ich heute eine grössere Anlage bestelle, dann muss ich froh sein, wenn ich diese innerhalb von 6 oder 7 Monaten erhalte. Auch von da her würde es schon eher knapp für nächstes Jahr. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Rudolf Daep, SVP: Genau aus diesem Grund, den Dieter Feuerle erwähnt hat, dass es lange Wartezeiten auf Panels gibt, müsste man jetzt reagieren. Unsere Arbon Energie hat den Auftrag, die flächendeckende, sichere und günstige Versorgung von Energie sicherzustellen. Und dazu gehört auch die Sonnenenergie. Und jetzt muss man reagieren. Wir haben vor 8 Jahren auch eine Solaranlage aufgebaut, das ist innerhalb von drei Monaten möglich. Jetzt braucht es keine Baubewilligung mehr ausser auf geschützten Dächern, aber ich habe noch nie so schnell eine Baubewilligung bekommen wie für meine Solaranlage. Und hier müssen wir unsere Tochter in die Pflicht nehmen. Ich mag zwar den Roggwilern ihre Glasfasertechnologie gönnen, aber was ich gar nicht verstehe ist, dass Arbon Energie das macht. Und was ich noch weniger verstehe ist, dass die Arbon Energie in Horn jetzt die Elektroversorgung betreibt und dem privaten Installateur der Leitungen gekündigt wurde. Das verstehe ich nicht. Arbon Energie ist für eine sichere, flächendeckende und günstige Versorgung in Arbon zuständig und das Geld sollte in Arbon investiert werden. Die Solartechnologie ist so weit fortgeschritten, dass man genau hier jetzt reagieren muss. In eine Batterie, um den Gewinn zu minimieren, haben sie auch für eine halbe Million investiert. Ich unterstütze diesen Antrag.

Ulrich Nägeli, SVP: Man ist verleitet, hier in Aktionismus auszubrechen und ich denke, es würde uns schon überraschen, wenn wir plötzlich CHF 600'000 sprechen für etwas, was nicht richtig abgeklärt ist. Aber ich bin vollkommen bei dir Daniel, dass wir hier Druck machen müssen. Vielleicht in einer anderen Form und nicht gleich einen Kredit sprechen. Ich denke auch nicht, dass wir 2023 alle diese Panels beschaffen können, denn das ist ein Riesenboom. Ich bin da eher auf der vorsichtigen Seite und würde diesen Antrag nicht befürworten.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Ich finde den Gedanken von Riquet Heller absolut richtig und auch, was meine Vorredner gesagt haben, dass wir jetzt handeln müssen. Aber mir gefällt eigentlich der Gedanke von Riquet Heller am besten. Das lässt sich relativ schnell abklären und wir können die Flächen unserem Kind zur Verfügung stellen. Wir müssen das machen. Ich würde jetzt eher den Antrag von Daniel Bachofen ablehnen, obwohl ich grosse Sympathien habe, auf der anderen Seite wäre ich für eine Abklärung und für die Vermietung oder Zurverfügungstellung unserer Dächer an die Arbon Energie.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Wir beurteilen in der FGK die vielen Nachtragskredite immer mit kritischem Blick. Und die Idee einer Platzierung dieser möglichen Kosten in der Investitionsrechnung ist mir eigentlich noch recht sympathisch. Ihr habt es erwähnt, die Bestellfristen für Photovoltaikanlagen sind zum Teil lang, aber wenn wir es jetzt einsetzen, solche Anlagen sind wirklich Investitionen, die rentieren sogar, ist eigentlich die Investitionsrechnung für mich der richtigere Platz als die laufende Rechnung. Wenn wir das jetzt aufnehmen und in der Investitionsrechnung platzieren, ist es drin und es ist dann vielleicht nicht so, dass man irgendwie eine kleinere Anlage realisiert. Ich möchte es eigentlich lieber in der Investitionsrechnung haben als in der Erfolgsrechnung. Von dem her finde ich diesen Vorschlag sehr sympathisch und werde dem persönlich zustimmen. Ich kann das nicht im Namen der FGK sagen, denn darüber haben wir schlichtweg nicht debattiert und keine Entscheidung gefällt.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Es ist schon spannend, dass ein grüner Stadtrat keine PV-Anlagen auf die Dächer machen will. Warum komme ich auf die Zahl von CHF 450'000? Das wäre das, was man brauchen würde, um auf dem Dach des Feuerwehrdepots und auf dem Betriebsgebäude des Friedhofs PV zu haben. Beim Betriebsgebäude des Friedhofs müssen wir

wirklich nicht lange überlegen, ob man da jetzt eine Anlage installiert oder nicht. Und es gibt noch viele andere Möglichkeiten. In Stachen an der Feilenstrasse 1, beim Strandbad, beim WC-Gebäude in Stachen bei der Badi, bei der SLRG, bei der Rondelle. Bei der Kunsthalle vielleicht nicht, weil man sich da wirklich überlegen muss, wie lange das Gebäude so noch steht. Beim Werkhof, beim alten Werkhof, vielleicht sogar auf dem Stadthaus oder an der Bahnhofstrasse. Die Möglichkeiten sind enorm. Wenn wir alles ausschöpfen würden, könnten wir 24 % der Leistung, die im Moment in Arbon produziert wird, allein mit der Stadt an PV produzieren. Ich verlange ja nicht, dass das jetzt sofort alles gemacht wird. Und ein zweiter Punkt: Ja, man könnte auch mit der Arbon Energie, man könnte noch vieles anderes. Wenn wir jetzt hier im Stadtparlament diesem Antrag zustimmen, erteilen wir einen Auftrag an den Stadtrat, dieses Thema endlich anzugehen und vorwärtszumachen. Bei CHF 450'000 braucht es sowieso einen Bericht vom Stadtrat ans Parlament und wir werden nochmals darüber beraten, und wenn dann der Stadtrat zum Schluss gekommen ist, dass er das nicht selber machen will, sondern dass das an die Arbon Energie geht, ok, kein Problem, dann haben wir PV und die Arbon Energie investiert und bezahlt die Investitionskosten. Ich bitte Sie nochmals, bitte stimmen Sie diesem Antrag zu. Im Moment ist das Thema enorm wichtig.

Bill Mistura, SVP: Ich bin einmal mehr erstaunt, wie gewisse Dinge angegangen werden. Die Ausgangslage ist ja so, dass sie die Investitionen auf immerhin CHF 8.6 Mio. hochgefahren haben. Jetzt kommt ein zusätzlicher Antrag über CHF 450'000, und ich freue mich, wenn der grüne Stadtrat bei so einem Thema einmal etwas genauer hinsieht und vorsieht, dass man gewisse Varianten prüft. Variantenprüfung heisst eben, sich zu überlegen, ob man die Anlagen überhaupt bekommt. Er hat von 6-7 Monaten gesprochen. Ich kann Ihnen eines sagen, ich komme aus der Bauindustrie, und wenn Sie PV-Anlagen jetzt bestellen und noch kostengünstige Anlagen kaufen wollen, dann sprechen wir über ein Jahr. Von dem her finde ich es eben wichtig, dass man eine gute Analyse macht und dass man dann die Prioritäten setzt, die Kosten genau anschaut und dann etwas in die Investitionsrechnung hineinnimmt, aber eben dann für 2024. In dem Punkt, dass man das fördern soll, bin ich bei allen, in diesem Punkt bin ich sogar ein Grüner. Aber es muss so angegangen werden, dass es eben vernünftig ist und auf der Zeitachse richtig getimt. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich bin auch dafür, wir müssen da dringend vorwärtsmachen, aber wenn die 2023 einen kleinen Antrag stellen für eine Projektierung und 2024 dann etwas machen wollen, dann haben wir die Zeit, um das abzuklären. Aber Daniel, dann müsstest du jetzt vielleicht deinen Antrag etwas ändern. Es kommt jetzt ein wenig wild daher, aber wir wären schon dafür, aber nach einer Planungsphase.

Heidi Heine, SP/Grüne: Ich möchte mich dazu auch noch ganz kurz äussern, denn ich denke, dass der grüne Stadtrat keine PV-Anlagen wünscht, das ist ja nicht so. Er möchte offensichtlich einfach konzeptionell vorgehen, und das finde ich auch gut. Denn ich denke, in dieser Summe, die da ansteht, müssen wir wirklich verschiedene Varianten prüfen. Da ist ja nicht nur Arbon Energie gefragt, das muss auch öffentlich ausgeschrieben werden, das muss genau analysiert werden, welche Flächen wirklich geeignet sind. Es braucht da eine Vorstudie mit Wirtschaftkeitsprüfung und einen guten Zeitplan. Dennoch möchte ich den Antrag von Daniel Bachofen sehr unterstützen, denn ich denke auch, wenn jetzt Geld gesprochen wird, dann können wir forcierter loslegen. Auch eine Vorstudie kostet schon Geld. Ich bin dafür, dass man jetzt wirklich mit Vollgas in die Sonnenenergie reingeht, aber gleichzeitig auch das, was Dieter Feuerle hier machen möchte, wirklich mit einem Plan. Dazu muss man wirklich die ganzen Dächer, die Arbon zur Verfügung hat, prüfen und verschiedene Modelle. Ich bin nicht sicher, dass die Stadt Arbon selbst bauen sollte, sondern vielleicht gibt es auch ganz andere Möglichkeiten, es andere machen zu lassen. Das würde auch viel weniger Personal binden und viel weniger Ressourcen des Personals kosten. In diesem Sinn möchte ich den Antrag von Daniel trotzdem unterstützen.

Linda Heller, SP/Grüne: Ich mache es auch ganz kurz. Ich finde, das stärkste Argument für diese PV-Anlagen ist die Klimakrise. Wir sprechen die ganze Zeit von Energiekrise. Ja, die ist hier, die Klimakrise ist auch hier. Wir müssen das jetzt machen. Es gibt Wartefristen und genau

auch aus diesem Grund müssen diese PV-Anlagen jetzt bestellt werden. Pakistan zahlt momentan die Kosten von unserem Lebensstil. Es ist Zeit, dass wir richtig investieren in diese PV-Anlagen. Danke für die Unterstützung von Daniel Bachofens Antrag.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Nur eine kurze Bemerkung: Ich finde den Antrag von Daniel unterstützenswert und bemerkenswert. Wir haben die Botschaft erhalten, dass man vorwärtsmachen soll mit Sonnenenergie, da gibt es von meiner Seite und auch von Stadtratseite her keine Einwände dagegen. Bitte berücksichtigen Sie zwei Dinge. Das weiss ich aus eigener Erfahrung, wir wollten in Münsterlingen auch etliche Anlagen bauen, es gibt technische Restriktionen. Man muss die Dächer prüfen, ob es statisch geht, und das EW ist entscheidend. Die Leitungen sind vielleicht nicht überall die neusten, die müssten dann auch erneuert werden. Man muss also schon ein bisschen schauen, wo es passt und wo nicht. Klar, jene, die passen, kann man zügig umsetzen, damit bin ich absolut einverstanden. Aber ich denke schon auch, es ist wichtig, genau hinzuschauen und dann vorwärtszumachen.

Abstimmung

Der Antrag von Daniel Bachofen wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen angenommen.

Finanzplan (rosa Teil)

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Ich möchte zunächst einmal Pascal Büchler ganz herzlich danken. Die aktualisierten Zahlen liegen nun vor und wir kommen zu den Schlussabstimmungen. Der Aufwandüberschuss beträgt neu CHF 19'498.

Abstimmung

Antrag 1 wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Der Finanzplan 2024-2026 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Gemeindeordnung Art. 7 obligatorisch der Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 27. November 2022 zur Abstimmung unterbreitet. Somit sind wir am Ende von Traktandum 3. Ich danke Pascal Büchler für die Wertvolle Unterstützung am heutigen Abend und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Effort, welcher im Vorfeld dieser Budgetdebatte geleistet wurde. Vielen herzlichen Dank!

4. Wahlbüro, Ergänzungswahl

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Belinda Telatin und Irena Noci, beide SP/Grüne, haben ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro eingereicht. Die Sitze der SP/Grüne sind deshalb neu zu besetzen. Die Fraktion SP/Grüne schlägt dem Stadtparlament vor, Inge Abegglen und Jonas Fischer als Nachfolge zu wählen.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Inge Abegglen muss man eigentlich im Stadtparlament nicht unbedingt vorstellen. Sie war nämlich schon länger Mitglied dieses Gremiums, aber ich versuche, das kurzzumachen. Geboren ist Inge 1950, sie ist Bürgerin von Iseltwald im Kanton Bern. Seit 40 Jahren wohnt sie in Arbon, ist verheiratet und hat 2 Enkelkinder. Sie war lange Jahre im Stadtparlament und sie war 2008-2020 Kantonsrätin. Sie präsidiert die Kunsthalle in Arbon und engagiert sich stark für soziale Projekte wie zum Beispiel das Tavola. Ich bitte Sie, Inge zu wählen.

Linda Heller, SP/Grüne: Es freut mich, Ihnen meinen ehemaligen Schulkollegen Jonas Fischer als Kandidat für das Wahlbüro vorzustellen. Jonas Fischer ist 24 Jahre alt und in Arbon geboren. Nach seiner Lehre als Zimmermann schloss er die Berufsmatura ab. Danach besuchte er für zwei Semester das Wirtschaftsingenieurstudium an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, bis er sich dazu entschieden hat, Soziale Arbeit an der Fachhochschule St. Gallen zu studieren. In seiner Freizeit spielt Jonas gern Fussball, ausserdem liest er sehr gern und hilft bei regionalen Veranstaltungen wie beispielsweise dem Heizwerk, dem Grillentanz und dem Summerdays Festival mit.

Abstimmung

Inge Abegglen und Jonas Fischer werden einstimmig als Mitglieder des Wahlbüros gewählt.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Ich gratuliere beiden herzlich zur Wahl und wünsche ihnen viel Freude bei ihrer Tätigkeit im Wahlbüro.

5. Gestaltungsplan Riva (fakultatives Referendum) Bildung einer 7er-Kommission

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Botschaft eine vorbereitende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese parlamentarische Kommission: Rico Baettig, FDP/XMV, Felix Heller, SP/Grüne, André Mägert, FDP/XMV, Ulrich Nägeli, SVP, Reto Neuber, Arturo Testa, beide Die Mitte/EVP sowie Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne. Sind Wortmeldungen oder werden dazu weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

Die Vorberatende Kommission wird in der vorgeschlagenen Zusammensetzung einstimmig bei eigener Enthaltung beschlossen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Als Präsident der Kommission wird Felix Heller, SP/Grüne vorgeschlagen. Werden andere Wahlvorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

Felix Heller wird einstimmig bei eigener Enthaltung als Präsident der Kommission gewählt.

6. Ortsplanungsrevision Bildung einer 7er-Kommission

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Botschaft eine vorbereitende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese parlamentarische Kommission: Lukas Auer, SP/Grüne, Rudolf Daep, SVP, Michael Hug, Die Mitte/EVP, Christine Schuhwerk, FDP/XMV, Cyril Stadler, FDP/XMV, Arturo Testa, Die Mitte/EVP und Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne.

Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

Die vorbereitende Kommission in der vorgeschlagenen Zusammensetzung wird einstimmig bei eigener Enthaltung beschlossen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Als Präsident der Kommission schlagen wir Ihnen Cyril Stadler, FDP/XMV vor. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

Cyrill Stadler wird mit 26 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen als Präsident der Kommission gewählt.

7. Fragerunde

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Eine mögliche Energieknappheit im nächsten Winter ist in aller Munde. Der Bundesrat hat eine entsprechende Energiesparkampagne lanciert, verschiedene Städte haben bereits Sofortmassnahmen ergriffen. Heute konnte man zum Beispiel von Frauenfeld lesen, was gemacht wird. In Arbon hat die Presse das Dauerlicht bei der Bahnhofunterführung thematisiert. Der Stadtrat hat sich dort für nicht zuständig erklärt und das Sparpotenzial hält sich wohl auch in Grenzen. Ich gehe aber davon aus, dass der Stadtrat sich die Frage sehr wohl stellt, wo die Stadt sinnvoll und wirkungsvoll Energie sparen kann. Meine Fragen: Gibt es bei der Stadtverwaltung von Arbon ebenfalls Sofortmassnahmen? Welche sind dies und wann werden diese in Kraft gesetzt? Welche weiteren Massnahmen sind angedacht und in welcher Größenordnung werden die erwarteten Einsparungen etwa liegen?

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Bitte erlauben Sie mir, in Anbetracht der Situation einer drohenden Energiemangellage hier ein bisschen ausführlicher Antwort zu geben. Die Bestrebungen zum Energiesparen und zur Energieeffizienz bei den eigenen Liegenschaften und bei der öffentlichen Beleuchtung sind ein Dauerthema. Mit den Bestrebungen, das Energiestadt Goldlabel zu erreichen, wird dies unterstrichen. Die Stadt Arbon prüft aktuell eigene freiwillige Massnahmen, um Energie zu sparen und Energie optimal einzusetzen. Ziel ist es, die Verbräuche (Strom und Wärme) mit effizienten Massnahmen zu optimieren. Mit der Arbon Energie AG werden vertiefte Gespräche geführt. Die möglichen Stromsparmassnahmen werden detailliert besprochen und abgewägt. Hauptbereich ist die öffentliche Beleuchtung inkl. Weihnachtsbeleuchtung. Mit der Primero Energie AG, dem FernwärmeverSORGER, werden auch vertiefte Gespräche geführt, ebenso mit dem Gaswerk Romanshorn und den Stadtwerken der Stadt St. Gallen werden bezüglich Erdgasversorgung vertiefte Gespräche geführt. Mit den aktuellen Weisungen des Bundes, wonach Zweistoffanlagen in aussergewöhnlichen Lagen auf reine Ölfeuerung umgestellt werden sollen, kann sich der Stadtrat einverstanden erklären. Der Stadtrat hat bereits einen runden Tisch mit der Arbon Energie, der Feuerwehr und dem Abwasserverband einberufen. Später kann bei Bedarf auch der regionale Führungsstab, die Polizei oder weitere miteinbezogen werden. Es sind regelmässige Treffen geplant. Hauptfragen sind im Moment folgende:

Sind für die kommunalen Einrichtungen die Auswirkungen von Energieknotentierungen oder Netzabschaltungen geklärt? Läuft die Kläranlage bei einem Stromunterbruch? Funktionieren die

Abwasserwerke? Können die Haushalte mit Trinkwasser versorgt werden? Wir sind an all diesen Themen dran.

Die Raumtemperaturen bei den Verwaltungsliegenschaften sollen per 1. Oktober 2022 auf 19° festgelegt werden. 1° weniger Raumtemperatur spart rund 6 % Energie. Mit den Primarschulgemeinden und der Sekundarschulgemeinde wird die Absenkung der Raumtemperatur auch besprochen und die Möglichkeiten zum Energiesparen aufgezeigt. Der Entscheid betreffend der Absenkung der Raumtemperatur in den städtischen Liegenschaften hat keine direkte Auswirkung auf private Haushalte und Firmen. Der Stadtrat erhofft sich aber, dass in vielen weiteren Gebäuden die Raumtemperatur freiwillig gesenkt wird und dass die breite Bevölkerung mitmacht.

Aktuell wird die Bevölkerung vom Bund und diversen Medien mit Energiespartipps informiert. Eine sinnvolle und wirksame Umsetzung der Massnahmen setzt aber ein Bewusstsein über die Verbräuche und realisierbare Einsparungen voraus. Das Bewusstsein der Bevölkerung kann hier mit Erklärungen und Beratungen gestärkt werden. Der Bereich Umwelt und Energie wird an den beiden folgenden Wochenmärkten am 24. September und am 1. Oktober an einem Stand zu Umwelt- und Energiethemen informieren. Es werden auch 10 konkrete Energiespartipps empfohlen. Diese sollen auch auf der Homepage der Stadt Arbon aufgeschaltet werden. Das ist sowieso sinnvoll, auch in normalen Zeiten. Wir sollten jetzt gleich damit beginnen. Die Stadt Arbon ist bereit, ihren Beitrag zu leisten, damit es im kommenden Winter möglichst gar nicht zu einschneidenden Massnahmen kommt. Zudem gilt es, angesichts der hohen Energiepreise die Betriebskosten im Griff zu haben. Eine genaue Auskunft über mögliche Einsparungen beim Strom- und Wärmeverbrauch ist jedoch eher schwierig. Vereinfacht gesagt sind bezüglich Verbrauch sicher 6-10 % möglich, im Einzelfall sogar mehr. Was eine Aussage erschwert, ist die Ungewissheit über die Anzahl Heiztage im kommenden Winter. Bezüglich den Betriebskosten sollte aufgrund der bereits hohen Energiepreise mit ca. 20-30 % Preiserhöhung gerechnet werden. Darüber haben wir heute auch schon gesprochen.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Die nächste Frage wurde von Parlamentarier Riquet Heller eingereicht. Ich frage dich an, Riquet Heller, ob du deine Frage heute stellen möchtest oder ob wir angesichts der fortgeschrittenen Zeit deine Frage auf die nächste Sitzung verschieben dürfen. – Herzlichen Dank, Riquet.

Lukas Auer, SP/Grüne: Rauchverbot auf Spielplätzen: Die Verordnung zum Reglement über die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Arbon hat seit dem 9. Mai 2022 das Rauchverbot auf Spielplätzen klar neu definiert. Als Familienvater ist es nicht immer nur schön, mit den Kindern spazieren zu gehen, man darf oder man muss auch auf die verschiedenen Spielplätze. Leider merkt man nichts, man merkt gar nichts von diesem Rauchverbot. Bitte beantworten Sie mir folgende drei Fragen: Wie war die Reaktion bei den bisherigen Kontrollen auf den Verweis zum Rauchverbot? Wie hoch waren die Verwarnungen und Bussen bei Missachten des Rauchverbots? Wie geht der Stadtrat weiter vor, wenn Bussen und Verwarnungen nicht ausreichen?

Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte: Das Positive vorweg: Wir haben wunderschöne Spielplätze, wir haben genügend oder ausreichend viele Spielplätze, sie sind in gutem Zustand, sie sind abwechslungsreich für Kinder, für jedes Alter wird etwas geboten.

Zum Rauchverbot: Als Reaktion auf Rückmeldungen aus der Bevölkerung hat der Stadtrat hier im Parlament den Antrag gestellt, ein Rauchverbot auf Spielplätzen ins SOR aufzunehmen, dem ist das Parlament nachgekommen. Der Stadtrat hat dann die Verordnung angepasst und alle mit Rauchverbot betroffenen Spielplätze in der Verordnung aufgezählt. Am 1. Juni 2022 wurden die Tafeln mit diesem Rauchverbot ergänzt. Das Rauchverbot hat zwei Sachen. Man kann sanktionieren, wichtig ist aber auch der gesellschaftliche Aspekt. Es war auch die Meinung, dass wenn ein Rauchverbot vorgegeben wird, auch unter den Benutzern der Kinderspielplätze gesagt wird: «He, hier steht Rauchverbot, also bitte hör auf zu rauchen.» Das ist auch eine gesellschaftliche Herausforderung.

Konkret zu den Fragen: Frage 1: Es ist so, dass ich keine Securitas-Protokolle gesehen habe, die speziell die Kinderspielplätze betreffen. Also haben wir da keine Reaktionen, welche ich mitteilen kann. Zu Frage 2: Wir haben keine Verwarnungen ausgesprochen, weil offenbar auch noch keine Kontrollen stattgefunden haben. Polizei und Securitas sind aber informiert, dass in Arbon auf den Kinderspielplätzen Rauchverbot ist. Zu Frage 3: Das ist klar, wir können nur über Bussen gehen und allenfalls die Kontrollen erhöhen. Mehr geht nicht. Wenn jemand raucht, ist das für Kinder wirklich ein schlechtes Vorbild und eine schlechte Hygiene und ich hoffe wirklich, dass Leute darauf aufmerksam machen, dass hier Rauchverbot ist.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Die nächste und letzte Frage wurde von Parlamentarier André Mägert eingereicht. Ich frage dich an, André Mägert, ob wir deine Frage ebenfalls auf die nächste Sitzung verschieben dürfen. – Besten Dank.

8. Informationen aus dem Stadtrat

Keine Informationen aus dem Stadtrat.

Präsident Peter Künzi, FDP/XMV: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Motion «Budgetkompetenz beim Parlament» von Daniel BACHOFEN, Irena NOCI, Heidi HEINE, alle SP/Grüne, Aurelio PETTI, Michael HUG, beide Die Mitte/EVP, Cyrill STADLER, Christoph SEITLER, beide FDP/XMV und Rudolf DAEPP, SVP wurde mit 20 Unterschriften und die Interpellation «Nachhaltig investierte Pensionskassen der Stadt Arbon» von Daniel BACHOFEN, Heidi HEINE, beide SP/Grüne, Aurelio PETTI, Die Mitte/EVP und Rudolf DAEPP, SVP mit 10 Unterschriften an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

Wir kommen damit zum Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Parlamentssitzung findet am 8. November 2022 um 19:00 Uhr statt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für die konstruktive Mitarbeit an der heutigen Parlamentssitzung, wünsche allen einen schönen Abend und hoffe, dass das Restaurant Seeparksaal noch geöffnet ist, damit wir uns noch zu einem kollegialen Austausch treffen können. Und falls nicht, wünsche ich allen einen guten und hoffentlich unfallfreien Nachhauseweg. Die Sitzung ist damit beendet, besten Dank.

Ende der Sitzung um 22.10 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Peter Künzi

Die Parlamentssekretärin:

Nadja Holenstein

